

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 235 SONNTAG, 12. Dez. 1937

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Geiseln in Dachau
Hitler im Norden
Nach der großen Krise
Die Wahrheit sagen . . .

Morrison über Halifax

Neuer offener Brief an das deutsche Volk

Der Londoner Stadtpräsident und Labourführer Herbert Morrison richtet folgenden offenen Brief an das deutsche Volk:

An meine Mitmenschen in Deutschland!

Mit Bedacht habe ich diese Anrede gewählt, denn das ist der Gegenstand, von dem ich zu Euch sprechen will.

Deutsche und Engländer, die Völker aller Länder und Rassen, sind Menschen. Ich bin in England geboren und bin stolz auf die guten Eigenschaften meines Volkes. Ihr seid in Deutschland geboren und sicherlich auf die guten Eigenschaften des deutschen Volkes ebenso stolz.

Die Völker verschiedener Staatsangehörigkeit und Rasse haben verschiedene Eigenarten und Sprachen. Aber Menschen sind sie alle, und in weitem Maße stehen sie vor denselben Problemen der sozialen und internationalen Unsicherheit.

Warum sollen wir gegeneinander kämpfen? Warum in den Krieg gegeneinander ziehen? Was hat denn der Krieg von 1914—1918 Gutes gebracht für uns, die ihn »gewonnen« haben und für Euch, die Ihr ihn verloren habt? Gutes gar nichts, aber eine Fülle von Jammer!

Und jetzt — jetzt rüsten die Regierungen zu demselben wahnsinnigen Geschäft . . .

Ihr seid zufällig in Deutschland geboren, ich zufällig in England. Aber beide sind wir Menschen und gehören zur großen menschlichen Familie. Warum sollen wir danach trachten, einander zu töten? Und wenn wir es täten, zu wessen Wohl geschähe es? Was sollte Gutes dabei herauskommen, wenn Engländer und Deutsche noch einmal einander so abschlachteten wie 1914—1918?

Ob überhaupt ein Deutscher Gelegenheit haben wird, diesen offenen Brief zu lesen, weiß ich nicht. Ich freilich wollte, jeder Deutsche und jeder Engländer würde ihn lesen, denn ich glaube, was ich sage, ist der Ausdruck des gesunden Menschenverstandes, den wir heute nötiger brauchen denn je.

Aber wenn Ihr Gelegenheit findet, diesen Offenen Brief zu lesen, so werden beide Regierungen, die Eure und die unsere, wenig davon erbaut sein. Keine von beiden wünscht, daß die Arbeiter der ganzen Welt miteinander marschieren und einander verstehen. Denn wenn das der Fall wäre, dann wären sie weniger willig, sich von ihren Regierungen als Kanonenfutter gebrauchen zu lassen und einander totzuschießen.

Unser Lord Halifax war neulich in Deutschland, um mit Eurem Herrn Hitler zu reden. Hat man Euch gesagt, was sie miteinander gesprochen haben? Nein! Hat man es uns, den Engländern, erzählt? Auch nicht. (Zum mindesten nicht bis zu dem Augenblick, in dem ich diesen Brief schreibe.) Und wenn man uns davon erzählt, wie viel wird man uns wohl sagen? Und woher sollen wir wissen, ob das, was man uns erzählt, auch richtig ist?

Allerdings haben wir noch eher Gelegenheit, etwas davon zu erfahren als Ihr, denn

wir haben noch Redefreiheit, Pressefreiheit und ein freies Parlament. Ihr habt unglücklicherweise nichts mehr davon. Abgesehen von den Mit-

teilungen, die Euch »unterirdisch« zukommen, hört Ihr nur, was Ihr nach dem Willen Eurer Regierung hören sollt. Nichtsdestoweniger bin ich nicht einmal sicher, daß selbst das englische Volk die Wahrheit über diese Unterhaltungen erfahren wird.

Und dabei ist es doch dabei um das Leben gegangen, um das Leben des deutschen Volkes, um das Leben des englischen Volkes, um das Leben der anderen Völker.

Aber die Völker sollen davon nichts erfahren, nein! Denn für alle kapitalistischen Regierungen — und auch unsere Regierung ist eine kapitalistische — sind die Völker nur Kanonenfutter in Kriegen, die weder Kriege für den Frieden, noch Volkskriege für die Freiheit sind.

Ich muß jedoch aussprechen, daß Eure Nazi-Regierung an dem verworrenen und gefährlichen Weltzustand von heute zwar nicht die alleinige, aber eine außerordentlich schwere Verantwortung trägt.

Bitte, glaubt mir, daß mich keine nationalen Vorurteile oder antideutsche Stimmungen leiten. Solche Stimmungen hatte ich nicht einmal während des Weltkrieges. Ich war ein Gegner des Vertrages von Versailles. Ich liebe mein Land und wünsche sein Wohlergehen, wie Ihr es mit dem Euren tut. Aber ich kann nicht glauben, daß das Wohl meines Landes auf dem Unglück anderer Länder sicher aufgebaut werden kann. Und ich vergesse niemals, daß ich ebenso zur Menschheitsfamilie gehöre wie zur britischen Volksfamilie.

Nein, ich fühle keinen Haß gegen das deutsche oder irgendein anderes Volk. Mehrmals, vor dem Beginn der nazistischen Tyrannei, besuchte ich Euer großes Land, und ich war Gutfreund der Deutschen, mit denen ich verkehrte, so wie hoffentlich auch Ihr Gutfreund der Engländer seid, mit denen Ihr verkehrt.

Ich bin allerdings — das muß ich gestehen — der Meinung, daß Ihr allzuwillig und ohne Widerstand Befehle annehmt von jenen, die Eure Staatsmacht an sich gerissen und Euch Eure Freiheit gestohlen haben.

Das halte ich für einen Fehler. Aber ich vergesse nicht, daß auch wir Fehler haben. Alle Völker haben sie.

Warum bin ich nun der Meinung, daß Eure Regierung an dem gegenwärtigen verworrenen Weltzustand eine besonders schwere Verantwortung trägt?

Zunächst deshalb, weil sie Italien und Japan stützt, die beiden anderen Hauptmächte des faschistisch-

militaristischen Unglücks. Italien ist, militärisch gesehen, im Vergleich zu Deutschland ein Zwerg, und Japan kann nur dadurch zu einer Weltgefahr werden, daß eine Nation wie die Eure mit ihm zusammenwirkt. Eure Regierung ist mitverantwortlich für die Verheerungen, die Italien und Japan jetzt anrichten, denn sie hat das sogenannte Antikomintern-Bündnis der drei Mächte ins Werk gesetzt.

Eure Regierung ist eine Regierung der Gewalt. Mit Gewalt hat sie vor und nach ihrer Machtergreifung ihre Gegner ausgerottet. Mit Gewalt hat sie die Kritik in ihren eigenen Reihen unterdrückt. Mit Gewalt hat sie die Freiheit des deutschen Volkes vernichtet. Mord, Folterung und Raub haben die Nazis angewendet gegen diejenigen Deutschen, die anderer Meinung waren als sie.

Die Nazis predigen Militarismus und kriegerische Tugend. Ihre Minister paradien in militärischen Uniformen. Deutsche Friedensfreunde werden als Feinde Deutschlands behandelt. Die Nazi bedrohen die Nationen, die ihnen nicht geben wollen, was sie verlangen, mit Krieg. Sie flößen den Kindern den Geist des Krieges und des Militarismus ein, denn für sie sind Eure Kinder weiter nichts als künftiges Kanonenfutter.

Nun wohl, die Folge davon ist, daß die anderen Völker Deutschland mißtrauen und daß sie die gelegentlichen Friedensbeteuerungen Eurer Regierung nicht ernst nehmen. Der rasende Militarismus der deutschen Regierung macht Frankreich, Sowjetrußland, die Tschechoslowakei, Oesterreich, Skandinavien, England und sogar die vereinigten Staaten gegen die deutschen Absichten mißtrauisch.

Eure Regierung hat jeden Freund der Freiheit in der ganzen Welt sich zum Feinde gemacht.

Kein einziges Volk in der Welt ist ein aufrichtiger Freund Eurer Regierung — ich schließe dabei die Opfer der katholisch-faschistischen Tyrannei in Oesterreich nicht aus.

Ein großer Krieg wäre so gut wie gewiß für die Nazimacht verhängnisvoll,

er wäre aber auch nicht weniger verhängnisvoll für das deutsche Volk selbst. Es ist unwahr, daß die anderen Völker Deutschland einkreisen wollen.

Eure Regierung ist es, die Deutschland einkreist.

Die Nazi sind eine Gefahr nicht nur für den Frieden der Welt, sondern auch für Euch selbst und Euer eigenes Heim.

Das bedenkt, und dann überlegt, ob

nicht die Eroberung der politischen Freiheit durch Euch selbst ein gewaltiger Beitrag wäre für den Frieden der Welt und zu Eurem eigenen Wohl.

Man hat gesagt, daß Eure Regierung und unsere über einen Viermächte-Westpakt gesprochen hätten auf der Grundlage, daß Eure Regierung in Oesterreich, der Tschechoslowakei und Sowjetrußland freie Hand bekommt. Beide Regierungen — Eure nazistische und unsere konservative — wären zu einem so zynischen Handel wohl fähig.

Aber weder Frankreich noch Sowjetrußland könnten sich damit abfinden, noch könnte es irgend ein Freund der Freiheit, des Friedens und der Demokratie, denn jede Ausdehnung der faschistisch-militaristischen Machtsphäre ist ein Unheil für die Welt. Darum unterstützt das englische Arbeitervolk die legale spanische Regierung und verurteilt sie die Franco-Rebellen, die von Deutschland und Italien mit Waffen und Mannschaften unterstützt werden. Oesterreich steht schon unter einer grausamen Diktatur, von der es sich hoffentlich selbst befreien wird, aber eine Nazidiktatur über Oesterreich wäre noch schlimmer und würde die Kriegsgefahr noch vergrößern.

Zum Schluß: glaubt nicht, daß wir, die Sozialisten und Demokraten der anderen Länder,

dem großen deutschen Volk irgendein Unrecht zufügen wollen. Nein, das wollen wir nicht! Aber wie können wir von unserer Regierung Zugeständnisse an Deutschland verlangen, wenn diese Zugeständnisse nur zu verstärkten Drohungen und vermehrten Kriegsvorbereitungen führen?

Zugeständnisse an ein freies, friedliches deutsches Volk — ja! Zugeständnisse an eine militaristische Nazityrannei — nein!

Wenn wir sehen, wie Millionen Deutsche von den Nazi grausam unterdrückt werden, wie können wir uns dann dafür einsetzen, daß wehrlose Kolonialvölker unter die Naziherrschaft gestellt werden? Das können wir wirklich nicht!

Ihr seht, Euer Frieden und Eure Freiheit sind mit der unseren und der aller Völker der ganzen Welt unlöslich verbunden. Laßt nicht zu, daß wir gegeneinander mobilisiert werden, blutigeren Regierungen und einem habgierigem Kapitalismus zu Gefallen. Laßt uns lieber zusammenstehen

für Frieden und Freiheit und die ökonomische Befreiung der ganzen Menschheit.

Ich verbleibe in Freundschaft
Euer
Herbert Morrison.

Jüdische Geiseln in Dachau

Erpresserbrief der Lagerleitung an den »Neuen Vorwärts«

Mit dem Poststempel »Dachau, 1. XII. 37« erhielten wir folgenden Brief:

»An die Red. »Neuer Vorwärts«, Karlsbad, Tschechoslowakei.

Konzentrationslager Dachau, 30. XI. 37.

Der »Neue Vorwärts«, Karlsbad, Nr. 229 vom 31. X. 37, die »Deutsche Volkszeitung«, Paris, Nr. 46, 2. Jahrgang vom 14. XI. 37, weiter die »Deutsche Volkszeitung«, Prag, Nr. 47 vom

31. X. 37 und die »Stimme«, Jüdische Zeitung, Wien, Nr. 693 vom 10. XI. 37 haben erneut Greueln über die Konzentrationslager verbreitet. Diese unverschämten Lügen werden von den Emigranten-Juden verbreitet. Die Juden in Dachau stehen wieder in Verdacht, Lügennachrichten hierzu aus dem Lager geschmuggelt zu haben.

Bis zur Feststellung der Täter wer-

den wir Juden in Isolationshaft genommen. Wir teilen Euch mit, daß wir für die Dauer der Isolation streng abgeschlossen sind, alle Bequemlichkeiten verlieren und Post weder senden noch empfangen dürfen.

Es liegt an Euch, die Emigranten-Juden in Prag zu beeinflussen, solche blödsinnigen Lügen über die Konzentrationslager künftig zu unterlassen, da

Eine Perspektive

Das glückliche Togo und das unglückliche Deutschland

Die Juden in Dachau als Rassegenossen hierfür verantwortlich gemacht werden.

Kurt Eisner.

Kurt Eisner ist der 33jährige Sohn des bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, der am 21. Februar 1919 von dem nationalistischen Studenten Graf Arco ermordet wurde.

Kurt Eisner wurde im März 1933 verhaftet. Der Grund der Verhaftung war, daß er die völlig verwüstete Wohnung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Kurt Löwenstein nach einem Sturm der SA fotografiert hatte. Seitdem, also seit bald fünf Jahren, befindet er sich ununterbrochen in Gefangenschaft.

Der Aufsatz in Nr. 299 des »Neuen Vorwärts«, auf den der Brief Bezug nimmt, besteht lediglich aus einem Zitat aus einem Buch des schwedischen Dichters Bertil Malmberg, das im Verlag Bonnier in Stockholm erschienen ist.

Malmberg hat das Lager von Dachau mit behördlicher Erlaubnis besucht und schildert seine dortigen Erlebnisse. Unter anderem erzählt er, wie ein Gefangener, weil er ihm auf die Frage, warum er gefangen sei, eine der Wahrheit entsprechende Antwort gegeben hatte, zu zwanzig Tagen Dunkelarrest verurteilt wurde. Diesen Abschnitt hatte der »Neue Vorwärts« nachgedruckt.

Soweit der Sachverhalt. Daß Kurt Eisner nur unter dem eisernen Zwang der Lagerleitung geschrieben hat, liegt auf der Hand. Selbstverständlich fehlte ihm jede Gelegenheit, den Inhalt von Zeitungen kennen zu lernen, die nicht nur in Dachau, sondern in ganz Deutschland unter Androhung der furchtbarsten Strafen verboten sind.

Der wirkliche Verfasser des Briefes ist offensichtlich ein Mann, dem die Gabe logischen Denkens völlig versagt ist. Denn für die Bekundungen des schwedischen Dichters Malmberg können vernünftigerweise weder die »Emigranten-Juden« noch gar die unglücklichen Juden in Dachau verantwortlich gemacht werden.

Es bleibt der Tatbestand, daß die Lagerleitung in Dachau über ein Buch des schwedischen Dichters Malmberg in sinnlose Wut geraten ist und daß sie diese Wut an den völlig unschuldigen gefangenen Juden ausläßt.

Wofür die Juden in Dachau »bestraft« werden.

Der Aufsatz in Nr. 229 des Neuen Vorwärts, auf dem sich das beiliegend wiedergegebene Schreiben aus Dachau bezieht, hatte folgenden Wortlaut:

Erlebnis in Dachau.

Im Bonnier-Verlag in Stockholm ist ein Buch des schwedischen Dichters Malmberg erschienen, in dem dieser die Eindrücke schildert, die er auf einer Reise durch das braune Deutschland empfing. Malmberg hat auch das Konzentrationslager Dachau besucht. Er hat dort natürlich nur diejenigen Seiten des Lagerlebens zu sehen bekommen, die der Herr Kommandant seinem Gast zu zeigen geruhte. Aber schon deren Schilderung ergibt ein grauses Bild und läßt deutlich genug die Schrecken ahnen, die sich hinter der dem Besucher zugekehrten Fassade der Dachauer Hölle verbergen und die aus den Berichten ehemaliger Häftlinge hinreichend bekannt sind . . .

Am Schlusse seiner Dachau-Schilderung erzählt Malmberg die folgende Episode:

Ich fragte einen Gefangenen, weswegen er im Lager sei.

»Ich habe die SS beschimpft«, gab er zur Antwort.

»Warum?«

»Die SS hat meinen besten Freund erschossen.«

»Sind Sie Kommunist?«

»Nein.«

»War Ihr Freund Kommunist?«

»Er war unpolitisch.«

»Warum erschoss man ihn?«

»Das weiß ich nicht. Er war vollkommen unschuldig.«

Der Kommandant drehte sich auf dem Absatz herum. Wie heißen Sie?« fragte er den Gefangenen.

»Hoff.«

Der Kommandant rief einen SS-Mann: »Holen Sie seine Papiere«, befahl er.

Wir setzten unsern Weg durch das Lager fort. Nach einer Weile kam der SS-Mann angelaufen: »Ich kann keinen Hoff in den Listen entdecken. Aber ich habe einen Gefangenen gefunden, der Hoff heißt. Das wird er wohl sein.«

»Geben Sie her! Aha! Ich hab' mir's ja gedacht: Fanatischer Bolschewik!«

Der Kommandant reichte mir die Dokumente und ich erkundigte mich, ob der

Viscount Samuel, ehemaliger englischer Innenminister, steht mit seinen Ansichten in der Mitte zwischen jenen Strömungen in der englischen Politik, die einerseits Hitlerdeutschland die gepanzerte Faust und andererseits demselben Deutschland den Gabensack des Weihnachtsmannes zeigen möchten. Der englische liberale Politiker plädiert zum Beispiel auch für ein positives Verhalten Englands gegenüber den Hitlerischen Kolonialansprüchen. Freilich, so sagt er in einem Artikel, den jetzt eine Reihe der sogenannten »Weltblätter« veröffentlichen, die Deutschen seien »oft unsympathische und manchmal sogar grausame Kolonialverwalter« gewesen (was übrigens auf die englische Kolonialpolitik auch zutraf) und deshalb, wenn die Sache spruchreif werden würde — —:

»Sicherungen zum Schutze der Eingeborenen in den überreichten Kolonien müßten zweifelsohne erforderlich sein!«

Nehmen wir an, das heutige Deutschland erhält die westafrikanische Kolonie Togo zurück. Ein Kolonialstatut, nennen wir es eine Verfassung, würde dann aufgesetzt, vom »Führer« unterschrieben und irgendwie mit dem Schutz der englischen Schiffskanonen ausgestattet. Was würde dem Sinne nach in diesem Kolonialstatut zu lesen sein?

In Togo muß es eine Volksvertretung

geben, zu der die Eingeborenen frei ihre Vertreter wählen dürfen.

In Togo müssen unabhängige Richter in allen Teilen des Landes fungieren.

In Togo darf es keine Konzentrationslager geben. Die Prügelstrafe gilt als abgeschafft.

In Togo darf jeder Eingeborene das »Kommunistische Manifest« lesen, ohne von der Geheimpolizei behelligt werden zu dürfen.

In Togo ist der religiöse Kult, auch wenn er vor dem Holz- oder Steinfetisch stattfindet, geschützt. Niemand braucht zu glauben, daß Christus aus Togo stamme.

In Togo ist die Zensur abgeschafft; das Halten und Lesen von Zeitungen aus den Nachbarländern ist ausdrücklich gestattet.

In Togo dürfen nur die Steuern und Abgaben eingetrieben werden, die auf gesetzlicher Grundlage beruhen.

In Togo darf man den Sender Straßburg oder Moskau abhören, wenn man ihn im Aether erwischt.

In Togo wird niemand sterilisiert, der es nicht will.

In Togo ist die Wissenschaft frei; der Historiker braucht nicht nachzuweisen, daß Hitler der größte Deutsche seit Barbarossa, und die Chemie nicht zu entdecken, daß Kartoffelmehl für die Ernährung weit zuträglicher ist, als Schinkensemmeln.

In Togo ist niemand verpflichtet, das Horst-Wessel-Lied zu singen. Er kann seinen rechten Oberarm auch bei feierlichen Gelegenheiten in einer Lage belassen, die er ihm zu geben wünscht.

In Togo gibt es keine Blockwarte; niemand braucht seinen Häuschlüssel, wenn auch nur in Duplikatsform, dem zuständigen Polizeirevier zur Aufbewahrung zu geben.

In Togo bestimmen über die Kinder immer noch die Eltern und nicht der Hitlerjugend-Gebietsführer.

In Togo... In Togo... So könnten wir den kommenden Wunschzettel unserer braven künftigen Kompatrioten aus Westafrika beliebig fortsetzen. Wichtig ist: der Wunschzettel wird auch erfüllt und für strikte Einhaltung bürgt den Togoanern dann Old-England (rule the waves!) mit seinem guten Namen. Wie das doch wohl gut und edelmütig gedacht sein wird! Es gilt ja Togo — und nicht etwa Deutschland — vor Unbill zu bewahren. Vielleicht in ferner Zukunft wird dann einmal die noch in Aussicht stehende deutsche Reichsverfassung nach ihrem so intensiven Moratorium, verhängt und exekutiert durch Hitler, gemäß dem Togoer Kolonialstatut um- und nachgebildet. Es gibt eben noch große europäische Hoffnungen! E.

Göring und die Industrie

Neue Spannungen um den Vierjahresplan

Nach Mitteilungen des »Daily Herald« aus Berlin haben die Führer der drei großen Industrien — Stahl und Eisen, Kohle und Chemikalien — an Hitler ein gemeinsames Schreiben gerichtet, in dem sie ihm ihre Sorgen wegen der Ernennung eines so unerprobten Mannes wie Walter Funk zum Reichswirtschaftsminister mitteilten. Die Erregung der Industriellen soll darauf zurückzuführen sein, daß Funk schon seit längerer Zeit in schärfstem Gegensatz zu Schacht gestanden hat. Schacht selbst sei über seine Ernennung empört, sein Rücktritt auch vom Präsidium der Reichsbank könne darum nur eine Frage von wenigen Wochen sein. Die Industriellen befürchten, daß unter dem Regime Göring-Funk die staatliche Zentralisierung des Wirtschaftslebens noch weitere Fortschritte machen werde, was eine zunehmende Verschlechterung der Rohstofflage und der finanziellen Situation unvermeidlich machen würde. Das Schreiben schließt mit dem Ausdruck der dringenden Hoff-

nung, daß eine weitere Verstärkung der Staatskontrolle nicht erfolgen würde.

Einige Tage später setzte »Daily Herald« seine Mitteilungen fort. Er berichtete, daß Göring am 1. Dezember die Industrieführer zu sich habe kommen lassen. An dieser Konferenz hätte außerdem Blomberg, Frick, Himmler, Funk, Vizepräsident Dreyses von der Reichsbank und sieben Vertreter der westlichen Industrie teilgenommen. Göring habe dort mit größter Brutalität erklärt, wenn die Industrie Schwierigkeiten mache, werde eine Verstaatlichung der gesamten Stahl- und Eisenindustrie die Folge sein.

Der Hofkalender

Das Propagandaministerium gibt jetzt regelmäßig Hofnachrichten aus:

»Der Führer wohnte am Freitagabend in Begleitung von Reichsminister Dr. Goebbels der Aufführung von Puccinis »Madame Butterfly« in der Volkoper im Theater des Westens bei.

Der Führer besuchte am Dienstag die Ausstattungsoperette »Maske in Blau« im Metropol-Theater Berlin.«

Die »Männer aus dem Volke« sind von den Gottesgnadenherren nur noch durch ihre winzigen Stammbäumchen getrennt.

Aufrechte Jugend

In der »Preussischen Zeitung« (Nr. 336) wird folgende rührende Geschichte erzählt:

»Wieder klapperten gestern die Büchsen auf den Straßen.

Der halbwüchsige Sohn meines Nachbarn, Lehrling in einem großen Betrieb, ein richtiger Lausbub, hatte sich schon lange auf diesen Tag gefreut. Wohl fiel es ihm nicht ganz leicht, eine blanke Mark zu opfern, für die man ja ach soviel kaufen konnte, aber letzten Endes konnte man sich doch nicht lumpen lassen. Mit un-nachahmlicher Grazie ging er an seinem Chef vorbei, der an einer belebten Straßenecke sammelte, paßte auf, wenn gerade recht viel Leute vorbeigingen und steckte ihm den Groschen mit der größtmöglichen Würde in die Büchse. Der Chef stutzte, dann lachte er seinen Stief freudig an: »Bravo, mein Junge, und schönen Dank!« Der Junge verlor zwar etwas von seiner Würde, aber er errötete vor Freude, als ihm der Chef die Hand drückte.«

Der Junge schafft's! Solche »Lausbuben« braucht man in Deutschland. Eine Mark in die Sammelbüchse des Chefs, ergebenster Diener, »bravo, mein Junge«. Es kommt nicht auf die Leistung, sondern auf die Spendenleistung an, und wer ein Hakenkreuzführer werden will, krümme sich beizeiten.

Gefangene nun etwa irgendwelche Unannehmlichkeiten zu erwarten habe.

»Das glaube ich. Er hat gelogen. Er hat einen falschen Namen angegeben.«

»Aber kann denn das nicht auf einem unglückseligen Zufall beruhen? Ein heftiger Atemstoß vor einem Vokal ist nichts Ungewöhnliches, wenn man aufgeregt ist.«

»Zwanzig Tage Dunkelzelle!« entschied der Kommandant . . .

Littens Mutter schreibt.

Inzwischen sind folgende weitere Schreiben bei uns eingegangen:

Irmgard Littén, Berlin-Schöneberg, Heylstraße 3. 4. Dezember 1937.

An die Redaktion des »Neuen Vorwärts«, Karisbad.

Auf Grund Ihrer Ausführungen vom 31. Oktober 1937 (Nr. 229) (des oben erwähnten Auszuges aus dem Buche Malmbergs) sind die jüdischen Schutzhäftlinge im Konzentrationslager Dachau in den Verdacht gekommen, Lügennachrichten aus dem Lager geschmuggelt zu haben. Daraufhin sind bis zur Feststellung der Täter die Juden im Dachauer Konzentrationslager in Isolationshaft genommen worden. Sie teilen ihren Angehörigen am 27. November 1937 mit, daß sie für die Dauer der Isolation streng abgeschlossen sind, alle Bequemlichkeiten verlieren und Post weder senden noch empfangen dürfen. Sie schreiben an ihre Angehörigen: »Es liegt an Euch, die Emigranten-Juden in Prag zu beeinflussen, solche blödsinnige Lügen über die Konzentrationslager künftig zu unterlassen, da die Juden in Dachau als Rassegenossen hierfür verantwortlich gemacht werden.«

Ich erkläre hiermit, daß ich meinen Sohn am 25. November 1937 in Dachau besuchen durfte und ihn in gutem Zustande angetroffen habe. Mein Sohn hat mir versichert, daß

es ihm sehr gut gehe. Außerdem bitte ich Sie, die oben angeführten Prager Emigranten-Kreise, zu denen ich keinerlei Beziehungen habe, in dem von meinem Sohne gewünschten Sinne zu beeinflussen.

Irmgard Littén, geb. Wüst.

B. Roselaar Amsterdam, 3. Dezember 1937 Rijnstraat 140

Redaktion der »Neuen Vorwärts«,

Karisbad, Haus »Graphiaz.

Meine Herren!

Ich protestiere, auch im Namen meines Schwagers, der als Jude im Konzentrationslager Dachau in Schutzhaft ist, wegen Ihre Artikel in Nr. 229 vom 31. Oktober 1937.

Sie wissen sehr wohl, daß Sie mit diese Greuelthun die Juden in Deutschland und besonders die Juden in die Konzentrationslager sehr schädigen.

Ich bitte Sie also dringend das Publizieren derartige Lügen im Zukunft zu unterlassen, welche keinen Menschen nutzen und nur die Sensationslust Ihrer Leser befriedigen sollen.

Ferner liegt uns Nr. 280 der in Mülhausen erscheinenden deutschen Tageszeitung »Der Republikaner« vor mit einem Schreiben des Gefangenen Georg Bernstein in Dachau an den städtischen Adjunkten Wagner. Der Brief hat genau denselben Wortlaut wie der oben-abgedruckte Kurt Eisners an den »Neuen Vorwärts«.

Es ergibt sich, daß es sich um eine systematische Aktion der Lagerleitung von Dachau handelt, zu der die wehrlosen Gefangenen und ihre Angehörigen mißbraucht werden. Diese Aktion ist so plump aufgezogen, daß sich die Lagerleitung in ihrer Bestialität und Dummheit vor aller Welt selber demaskiert.

Der »Republikaner« von Mülhausen

knüpft an den Brief des Gefangenen Bernstein u. a. die Bemerkung:

»Wenn die heutigen Beherrscher Deutschlands nur noch das geringste Empfinden für Recht und Unrecht hätten, dann könnte ein derartiger Brief nicht die Zensur passieren.«

Die heutigen Beherrscher Deutschlands haben nicht nur kein Empfinden mehr für Recht und Unrecht, sondern auch keine Voraussicht für die Wirkung ihrer Aktionen. Ihr ebenso unsinniger wie schamloser Versuch für die Schändlichkeiten, die sie begehen, uns die Verantwortung aufzubürden, verdient keine Antwort. Wer glaubt, daß die Juden in Dachau weniger geschunden würden, wenn die Presse, die noch reden darf, über das ihnen angetane Unrecht schwiege? Nein, nur der unablässig wiederholte Protest der Welt kann jenen Unglücklichen Rettung bringen. Wir werden nicht aufhören, ihn zu erheben, und wir erwarten, daß sich alle anständigen Menschen ihm anschließen werden.

Die erste Nachricht!

Die greise Mutter des gefangenen Kurt Eisner, eine deutschblütige »Arierin«, lebt seit der Machtergreifung Hitlers und seit der Gefangennahme ihres Sohnes im Ausland. Von dort aus hat sie zahlreiche Versuche unternommen, etwas über das Schicksal ihres Sohnes zu erfahren, doch alle blieben ergebnislos. Die amtlichen Stellen antworteten entweder überhaupt nicht oder sie gaben falsche irreführende Auskünfte. Erst durch den Brief an den »Neuen Vorwärts« erfuhr Frau Eisner, daß sich ihr Sohn in Dachau befindet. Dieser Brief ist das erste Lebenszeichen seit bald fünf Jahren, das eine Mutter von ihrem Sohne erhielt.

Erlebnis am Postschalter

Herr A., ein Kaufmann aus Göteborg, geschäftshalber auf Reisen im Dritten Reich, reichte einem deutschen Postbeamten eine nach Schweden adressierte Karte durch die Schalterlucke und legte 15 Pfennige aufs Zahlbrett. Eine Postkarte nach Schweden kostet nämlich 15 Pfennige.

Der Beamte sagte: »Das ist zu wenig.«

»Wieso?« fragte Herr A. »15 Pfennige? Stimmt das nicht?«

»Ja, das ist das Porto. Aber Sie müssen etwas für die Winterhilfe spenden. Mindestens einen Pfennig.«

Herr A. fand das sonderbar. Und er setzte dem Beamten auseinander, daß er nicht müsse und nicht werde. Denn erstens seien Spenden für die Winterhilfe freiwillig und zweitens sei er Ausländer und drittens...

Der Mann hinterm Schalter wurde wütend: »Also wollen Sie nun bezahlen oder nicht?«

»Ich habe bezahlt! 15 Pfennige! Laut Posttarif.«

»Dann wird Ihre Karte eben nicht befördert! Bitte der nächste!«

Der Gast aus dem Norden, dem all dies wunderbar vorkam, wandte sich an den Vorsteher des Postamtes, legitimierte sich und beschwerte sich über den Schalterbeamten. Ohne Erfolg. —

Damit ist die wahre Geschichte nicht etwa schon zu Ende, die »Göteborgs Sjöfarts- och Handelstidning« (1937 Nr. 273) ihren Lesern unter dem Titel »Die freiwillige Winterhilfe« berichtet. Nein, damit fängt die Geschichte erst richtig an. Als A. nämlich in sein Hotel zurückkehrte, warteten dort bereits zwei Herren auf ihn, die sich als Beamte der Gestapo vorstellten und seinen Paß zu sehen verlangten. Sie untersuchten den Paß höchst sorgsam, befanden ihn gnädig in voller Ordnung und begannen mit Herrn A. ein langes Verhör anzustellen. Ihre Wissbegier kannte keine Grenzen: was er in Deutschland zu tun habe, wen er dort kenne, mit wem er gesprochen habe, welche Einstellung er zum Nationalsozialismus habe... und tausenderlei sonst noch wünschten die Himmlerleute zu Protokoll zu nehmen.

Seine ausweichenden Antworten schienen einigermaßen befriedigend auszufallen, und nachdem die Beamten ihm eine kleine Standpauke gehalten und ihn zur Loyalität gegen das Dritte Reich ermahnt hatten, war die Prozedur beendet.

»Darf ich fragen, weshalb ich verhört wurde? Wodurch habe ich Ihre Aufmerksamkeit erregt?« erkundigte sich der Schwede.

»Es ist von einem Postamt bei uns angerufen worden. Sie sollen dort einen Auftritt verursacht und sich gegen die Winterhilfe geäußert haben. Tun Sie — in Ihrem Interesse — so was nie wieder! Das könnte sonst unangenehm werden.«

Das ist das Erlebnis, das Herr A. nach seiner Heimkehr der Redaktion der »Handelstidning« erzählte, und das ihm widerfahren war, weil er — naiv genug — geglaubt hatte, daß man im Dritten Reich zur Hergabe »freiwilliger Spenden« nicht gezwungen sei.

Wie steht es mit Ossietzky?

Die Basler »Nationalzeitung« schreibt: »Ueber den Gesundheitszustand Carl von Ossietzkys wurden zur Zeit des ersten Jahrestages des Nobelpreisspruches sehr ernste Nachrichten über den Preissträger bekannt. Es besteht Anlaß zur Vermutung, daß sich die Lungentuberkulose, die er sich in dreieinhalbjähriger Konzentrationslagerhaft zugezogen hat, zur Kehlkopftuberkulose verschlimmert hat. Sollten sich die Indizien als richtig erweisen, so würde der Friedenspreisträger den Winter kaum überleben. Seit September 1936 wird seine Lungentuberkulose nicht mehr bestritten. Im Januar 1937, nach der Nobelpreiszuerteilung, ist Ossietzky lebensgefährlich krank, und bald darauf, als Folge des kalten Berliner Frühlings, packte ihn eine nicht näher bezeichnete Halskrankheit. Wieder furchtbarer Rückfall. Den Auslandsjournalisten, die ihn Anfang August besuchten, begleitet von Herren der Gestapo und des Propagandaministeriums, erzählte Ossietzky, er habe scheußliche Abszesse im Hals.

Siehe das nur Indizien, oder seien es nur Beweise für die Inklinaton des lungentuberkulösen Ossietzky zur Kehlkopftuberkulose — jedenfalls steht fest, daß im Verlauf des strengen Berliner Winters Ossietzky von dem zu erwartenden neuen Rückfall nicht mehr gerettet werden kann. Der Gefahr könnte allenfalls begegnet werden, wenn der Patient zur Heilbehandlung in Schweizer Alpenklima überführt werden könnte. Aber die nationalsozialistischen Stellen schieben seit Monaten die Erlaubnis zu dieser Reise auf. Auf Grund des medizinischen Tatbestandes warten sie offenbar auf innen dieser Berliner

Was sucht Hitler im Norden?

Deutsche Spionage in Narvik. — „Rassephotograph“ Pantenburg

Der in der nordischen Presse stark beachtete »Fall Sundlo« lenkt von neuem den Blick auf die hitlerdeutschen Machenschaften in Skandinavien. — zumal seitdem festgestellt wurde, daß Oberst Sundlo in direkter Beziehung zu einem deutschen nationalsozialistischen »Journalisten« stand, offenbar einem geheimen Agenten des Dritten Reichs. Was für ein Interesse — so fragt man sich — hat das »friedliebende, dem Norden »blutsverwandte« Dritte Reich an den Verteidigungseinrichtungen im hohen Norden jenseits des Polarkreises?...

Erzhafen Narvik.

Einige Breitengrade über dem Polarkreis liegt an der skandinavischen Westküste die kleine norwegische Hafenstadt Narvik. Narvik gehört gewiß nicht zu den Orten, die im politischen oder sonstigen Weltgeschehen unserer Zeit viel von sich reden machen. Und doch wird der aufmerksame Zeitungsleser in den letzten Jahren hier und da dem Namen dieses arbeitsam-friedlichen Küstenstädtchens in der Presse begegnet sein, z. B. wenn von den gewaltigen Transporten die Rede war, die von den nordschwedischen Gruben her das waffenhungrige, im Rüstungswettlauf fliebernde Europa mit dem Rohstoff Eisenerz versorgen.

Soweit diese Transporte nicht über die Ostsee gehen, ist Narvik der Umschlaghafen, wo das schwedische Eisenerz von den Lastwaggons der »Riksgränsbanan« aufs Schiff umgeladen wird. Ununterbrochen rollen die vollbeladenen Erzzüge von Kiruna gen Narvik...

Blomberg kommt auf Besuch...

Vielleicht wird dieser oder jener Leser sich auch einer kleinen Notiz erinnern, die im Vorjahr durch die Weltpresse ging, und aus der man erfuhr, daß ein gewisser Herr von Blomberg, seines Zeichens deutscher Kriegsminister, zusammen mit diversen Herren seines Stabes dem norwegischen Städtchen Narvik einen unerwarteten Besuch abstattete und sowohl den Hafen wie den Ort selbst nebst seiner Umgebung einer eingehenden interessierten Besichtigung unterzogen hatte. Die Reise diente — selbstverständlich! — rein privaten Zwecken, also der bloßen Erholung und Zerstreuung des vielbeschäftigten Herrn Blomberg. Aber sie erregte dennoch — vor allem natürlich im Norden — einiges Aufsehen. Man fand es halt etwas wunderbar, daß von all den vielen schönen und interessanten Reisezielen, die die Welt bietet, just ausgerechnet Narvik es dem deutschen Heeresgewaltigen angetan hatte...

Der Fall Sundlo.

Das also war im vorigen Jahr. Jetzt hat Narvik von neuem — und diesmal sehr ausgiebig — die Blicke der Skandinavier auf sich gelenkt. Die Stadt ist zum Schauplatz einer politisch-militärischen Affäre geworden, die sicherlich noch mancherlei Staub aufwirbeln wird. Zuerst schien es sich um eine rein norwegische Angelegenheit zu handeln; sobald aber die behördliche Untersuchung des »Falles Sundlo« einigermaßen in Gang gekommen war, zeigte sich, daß im Hintergrund des Geschehens das Hitlerreich steht, genauer gesagt: die weltumspannende Spitzel- und Spionageorganisation des deutschen Nationalsozialismus.

Der Tatbestand: Herr Sundlo, ein Oberst der norwegischen Armee, pflegte — wie ihm nunmehr nachgewiesen wurde — seine Arbeitskraft und seine Kenntnisse keineswegs so ausschließlich in den Dienst des Heeres der norwegischen Arbeiterdemokratie zu stellen, wie seine eidlich besiegelte Pflicht es gebot. Der Mann beschäftigte sich nämlich nebenher in aller Heimlichkeit damit, nazistische Jünglinge im Waffenhandwerk auszubilden. In Norwegen gibt es bekanntlich eine — wenn auch zahlenmäßig ganz unbedeutende — Nazi-Partei, die sogenannte

Wintertruppe, an dem ihr Todesurteil über Ossietzky von der Natur exekutiert wird.

„Sammelt Sonnenrosenstengel!“

»Trotz aller aufklärenden Hinweise wird immer noch ein großer Teil von wertvollen Rohstoffquellen achtlos vernichtet. Wer hätte beispielsweise gedacht, daß die Stengel und entsamten Blütenteller der fast in jedem Garten anzutreffenden Sonnenblumen oder Sonnenrosen, wie sie auch genannt werden, viel zu wertvoll sind, um auf den Misthaufen geworfen oder gar verbrannt zu werden.«

Ja, wer hätte das gedacht! Aber ein Aufruf im »Dresdner Anzeiger« Nr. 308 vom 6./7. November 1937 belehrt die Verschwender:

»Die langen und starken Stengel dieser Blume enthalten kräftige Pflanzen-

»Quisling-Bewegung«, deren heldenhafter Einbruchüberfall auf Trotzki's Wohnung noch ebenso in der Erinnerung aller sein dürfte, wie das völlige Fiasko, das diese »Bewegung« bei den letzten Wahlen erlitt. Immerhin: auch eine noch so kleine Nazi-Partei stellt als faschistische Keimzelle natürlich eine Gefahr dar.

Daß die Quisling-Leute bemüht sind, auch so etwas wie eine SA zu unterhalten, versteht sich von selbst. Und dieser Garde als Instrukteur und Schießlehrer zu dienen, hat der Oberst Sundlo also geglaubt, mit seiner Offizierspflicht vereinbaren zu können. Gegen ihn ist ein Verfahren eingeleitet.

Herr Pantenburg fotografiert »Arier«.

Im Verlauf der Nachforschungen stellte sich heraus, daß Sundlo nicht nur zu norwegischen Nazis Verbindungen unterhielt, sondern auch zu einem reichsdeutschen »Journalisten« namens Pantenburg, der seit einiger Zeit in Norwegen sein Wesen trieb und der offenbar zu jener weitverbreiteten Spezies von Göbbels- und Himmler-Sendlingen gehört, die da unter der Schutzmarke »Journalismus« allen möglichen zweifelhaften Beschäftigungen im Dienst der Hitlermacht nachgehen...

Dieser Pantenburg war zu Oberst Sundlo mit dem Empfehlungsschreiben eines norwegischen Nazifunktionärs gekommen und hatte gebeten, auf norwegischem Truppengebiet photographische Aufnahmen machen zu dürfen. Aufnahmen — wozu? Herr Pantenburg erklärte — nach Sundlo's Aussagen — daß er »Rassenphotographien« machen wollte, d. h. er wollte Menschen von »ausgeprägt nordisch-arischem Typus« auf seine Kameraplatzen bringen. Solche waschechte Germanen laufen nun zwar in Norwegen überall auf den Straßen herum, und um sie zu photographieren, hätte der Herr Hitler-agent sich bestimmt nicht eigens an einen hohen Offizier zu wenden brauchen. Aber Pantenburg schien spezielle Interessen zu haben und sich insbesondere für ganz bestimmte Truppenabteilungen und Waffengattungen zu interessieren, offensichtlich, weil er bei ihnen besonders viele oder besonders reinrassige »Arier« anzutreffen erwartete...

Anstatt sich nun diesen verdächtigen »Rassephotographen« und seine seltsamen Wünsche etwas näher anzusehen, bezw. den Mann der Polizei anzuzeigen, hat Oberst Sundlo dessen Begehren ganz in Ordnung gefunden. Er verschaffte tatsächlich dem Pantenburg Gelegenheit, auf norwegischem Militärgelände in Narvik nach Herzenslust »Urgermanen« und wahrscheinlich auch andere Dinge zu knipsen.

Das braune Netz im Norden.

Die Untersuchung dieser Vorfälle ist noch nicht völlig abgeschlossen und es ist sehr wohl möglich, daß noch ganz andere Einzelheiten über die braune Spitzelarbeit im hohen Norden ans Tageslicht kommen. Welche Strafe auch dem Oberst Sundlo zudiktieren werden mag, seine militärische Laufbahn ist natürlich beendet, denn — wie eine nordische Zeitung sich lakonisch und doch vielsagend ausdrückte — »Sundlo ist offenbar nicht geeignet, ein höheres militärisches Amt zu bekleiden und am allerwenigsten an einem Ort, den der deutsche Kriegsminister für so wichtig hielt, daß er ihm einen persönlichen Besuch abstattete.«

Daß alle nordischen Länder einer weitverzweigten, immer intensiver werdenden Spitzeltätigkeit von seiten des Hitlerregimes ausgesetzt sind, ist hier schon mehrfach festgestellt und mit Beispielen belegt worden. Auch vom militärisch-strategischen Standpunkt aus interessiert man sich im Dritten Reich auffällig stark für den Norden. Besonders der strategischen Bedeutung der

fasern und gut verwertbares Viskosemark, ebenso die Blütenteller. Gerade in Sachsen werden zur Auswertung dieser Rohstoffe zurzeit umfangreiche Versuche gemacht, weshalb die städtische Gartenverwaltung an alle Gartenbesitzer die Bitte richtet, Stengel und Blütenteller der Sonnenrose zu sammeln und an folgende Stellen (Lagerplätzen der Stadtgartenverwaltung) abzuliefern... Gar mancher Gartenbesitzer wird seine Sonnenblumen schon beseitigt haben, aber es ist wichtig, daß auch die kleinsten Mengen erhalten werden, ja, es können sogar noch Stengel verwendet werden, die schon leicht angefault sind.«

Der Komposthaufen im Schrebergarten als Rohstoffquelle — nun sage einer noch, daß die deutschen Diktatoren nicht bemüht seien, Neuland für die deutsche Wirtschaft zu entdecken!

Alandsinseln, aber auch der Linie Rußland—Haparanda—Narvik—Island wird in allen militärischen Zeitschriften des braunen Reichs eine ständige systematische Beobachtung gewidmet. Das Gefühl der Unsicherheit ist denn auch in Skandinavien immer stärker geworden und hat zu ganz beträchtlichen Erhöhungen der Heeresausgaben geführt. Die Arbeiterbewegung in den skandinavischen Ländern sah sich durch die Entwicklung nach 1933 veranlaßt, ihren früheren, nicht gerade wehrfreundlichen Standpunkt zu revidieren.

Vielleicht lohnt es sich, im Anschluß an den bezeichnenden und alarmierenden Fall Pantenburg—Sundlo einen kurz summierenden Blick auf die nazistische Unterhöhlungsarbeit zu werfen, die im Auftrag und auf Kosten der braunen Machthaber in Norwegen geleistet wird. Wir stützen uns hierbei im wesentlichen auf Material, das vor einigen Monaten in einer in Skandinavien herausgegebenen Broschüre der Öffentlichkeit zusammenfassend unterbreitet wurde. Wir haben aus dieser aufschlußreichen Schrift »Bruna nätet över Nordene«, Stockholm 1937) bereits bei früherer Gelegenheit Zitate gebracht.

Geheime Konferenz...

In Norwegen gibt sich niemand dem geringsten Zweifel darüber hin, daß die »Quisling-Bewegung« lediglich als Werkzeug nazideutscher Interessen aufzufassen ist. Mehrfach ist in der norwegischen Linkspresse überzeugend dargelegt worden, daß diese »Partei« ohne sehr kräftige finanzielle Beihilfe von Berlin her überhaupt nicht bestehen und vor allem nicht ihre recht kostspieligen Propagandaaktionen betreiben könnte. Aber auch ihre Parolen und ihren ganzen ideologischen Aufputz beziehen die norwegischen Nazis aus Berlin. Während man im Göbbels-Ministerium realistisch genug war, den völligen Mißerfolg der schwedischen und dänischen Nazisekten bei den letzten Wahlen vorauszuahnen, hatte man sowohl für Norwegen wie für Finnland mit erheblich besseren Resultaten gerechnet. Diese Hoffnungen wurden jedoch zunichte gemacht.

Man war daher in Berlin arg enttäuscht und bemühte sich, Schuldige für das Versagen der Auslandsarbeit in Norwegen zu suchen. Schließlich wurde eine Geheimkonferenz nach Berlin zusammenberufen, an der so ziemlich alle Funktionäre der Auslandsarbeit teilnahmen. Neben dem außenpolitischen Amt der NSDAP und der nationalsozialistischen Auslandsorganisation war übrigens auch das Außenministerium bei diesen Beratungen vertreten. Mit Bezug auf Norwegen wurde nach einer eingehenden Diskussion der dortigen Lage und des Wahlergebnisses der Beschluß gefaßt, den finanziellen und organisatorischen Kräfteinsatz in Norwegen erheblich zu verstärken, die Zahl der dort tätigen mit den verschiedensten Aufgaben betrauten Agenten zu vermehren und auch erhöhte Summen bereitzustellen, für die Subventionierung irgendwelcher hitlerfreundlicher Organisationen, Vereine und Kreise in Norwegen. Des weiteren erging die Anordnung, daß eine neue sorgsam vorbereitete Propagandaaktion in Norwegen gestartet werden solle, die im Zeichen des Schlagwortes von der »bolschewistischen Gefahr« zu stehen habe. In der Tat sind denn auch zur Zeit alle möglichen Leute mit mehr oder minder durchsichtigen Beziehungen zu Berliner Propagandastellen eifrig damit beschäftigt, den Norwegern klarzumachen, daß ein militärischer Angriff auf ihr Land von seiten Rußlands bevorstehe, und daß die einzige Rettung vor dieser Gefahr in der Durchführung eines faschistischen Putsches und in einem antibolschewistischen Bündnis mit dem Dritten Reich zu finden sei.

Bisher hat diese oft halb versteckt und mit den raffiniertesten Mitteln durchgeführte Werbearbeit jedoch absolut keine Erfolge zeitigt. Zwar gibt es in Norwegen eine ganze Masse Leute, die da glauben, daß Rußland, um einen eisfreien Hafen an der skandinavischen Westküste zu erobern und sich Stützpunkte für seine See- und Luftstreitkräfte zu schaffen, eines Tages Norwegen überfallen würde... Aber das Mißtrauen gegen Deutschland und die Angst vor einem deutschen Vorstoß nach Norden ist doch noch weit größer und läßt sich nicht so leicht durch ein paar Winke mit dem antibolschewistischen Zaunpfahl beseitigen.

Der Wahlerfolg der Arbeiterpartei und auch die Verleihung des Nobelpreises an Ossietzky haben gezeigt, daß Norwegen kein besonders fruchtbarer Boden für die Werbekünste des Herrn Göbbels ist.

Nach der außenpolitischen Krise

Die allgemeine Verstrickung bleibt

Die Konferenz des Ministerpräsidenten und Außenminister Frankreichs mit ihren englischen Kollegen hat eine der törichtsten Episoden in den vielen Unverständlichkeiten der englischen Außenpolitik zu einem vorläufigen Abschluß gebracht, nachdem einige Tage lang eine Art Krise das englische Kabinett zu bedrohen schien. Es handelte sich um einen neuen Vorstoß der sogenannten deutschfreundlichen Lordgruppe, an deren Spitze Lord Londonderry, ein wegen seiner geringen Leistungen ausgebooteter konservativer Luftfahrtminister, und Lord Lottian stehen. Diese hatten mit Göring einen Plan über eine deutsch-englische Verständigung besprochen; nachdem sie dafür die Unterstützung des Lord Astor, des Besitzers der einflußreichen »Times« und ihres Chefredakteurs Dawson gewonnen hatten, versicherten sie sich schließlich der Hilfe einiger Minister, vor allem der mit so großem Recht abgetakelten Vorgänger Edens, des jetzigen Außenministers, Sir John Simon und des Kriegsministers Samuel Hoare, sowie des Hygiene-Ministers Sir Kingsley Wood. Diese gewannen die Zustimmung Chamberlains zur Reise Lord Halifax trotz des Widerspruchs Edens, der mit seiner Demission drohte. Schließlich wurde vereinbart, daß Lord Halifax nach Berlin gehen solle, um den famosen Plan aus dem Munde des »Führers« entgegenzunehmen, aber ohne Ermächtigung, Vereinbarungen zu treffen oder das Kabinett durch bestimmte Zusicherungen zu binden. So kam die Erkundungsfahrt zustande, trotz des Mißerfolges der seinerzeitigen Reise Simon-Eden, trotz der Nichtbeantwortung des englischen Fragebogens und trotz der Ablehnung Neuraths, nach London zu kommen.

Ueber den Verlauf der Besprechungen des Lord Halifax mit Hitler, Göring und Schacht läßt sich heute aus dem Schlußbericht über die englisch-französische Stellungnahme ein Bild wenigstens in allgemeinen Umrissen gewinnen. Im Mittelpunkt standen die Kolonialforderungen und Zentral-Europa. Der Standpunkt Hitlers war allerdings schon vor der Erkundung bekannt: Rückgabe der früheren deutschen Kolonien, Erfüllung der Henlein-Forderungen, also womöglich politische Autonomie Sudetendeutschlands und Volksabstimmung in Oesterreich. Daneben gab es noch Erörterungen über den Abschluß eines Luftpaktes und die Situation im Fernen Osten. Schacht hat dabei die Kolonialforderungen noch erweitert. Er weiß, daß der Rückgabe Südwestafrikas und Deutsch-Ostafrikas fast unüberwindliche Hindernisse gegenüberstehen, einmal, weil diese Rückgabe eine strategische Bedrohung sowohl für die Seeverbindungen als für den afrikanischen Besitz Englands und Frankreichs wären, dann, weil sich die Südafrikanische Union, wie eben wieder eine Rede General Smuts gezeigt hatte, aufs heftigste einer solchen Rückgabe widersetzt. Schacht hat deshalb seine alte Idee, die er schon in Paris bei den Verhandlungen über den Young-Plan zur Diskussion bringen wollte, von der Schaffung von sogenannten Chartered-Compagnien mit deutscher Mehrheitsbeteiligung entwickelt, die nach dem berühmten und berichtigten Muster der einstigen Ostindischen Compagnie neben dem Handelsmonopol auch weitgehende Verwaltungs- und Regierungsbefugnisse erhalten sollten. Das Ausbeutungsgebiet dieser neuen Gesellschaften sollte die portugiesischen Kolonien mit Belgisch-Kongo umfassen. Die Veröffentlichung dieses Planes hat, wie man sich denken kann, in den beiden Ländern nicht geringe Unruhe geweckt, und in Portugal zumal mag man sich fragen, ob dies die Belohnung für die treuen Sekundantendienste sein soll, die man in Spanien Hitler und Mussolini erweist.

Daß es sich in der Hauptsache um diese beiden Punkte — Kolonien und Zentraleuropa — handelte, geht aus der Kampagne hervor, die die »Times« zur Unterstützung dieses Londonderry-Göring-Planes ihrerseits geführt hat. Sie ist mit großem Nach-

druck für ein Entgegenkommen der tschechischen Regierung an die Henlein-Irredenta eingetreten und für ein völliges Desinteressement nicht nur Englands, sondern auch Frankreichs in der österreichischen Frage, sich allerdings in der England unmittelbar berührenden Kolonialfrage große Zurückhaltung befehlend. Man sagt dem Besitzer und Herausgeber des großen Blattes nach, daß sie stark unter dem Einfluß der »Christian Science« stehen. Aber diese Art christlichen Einflusses vermag offenbar nicht zu verhindern, daß die »Times« das Schicksal des österreichischen Volkes der Auseinandersetzung zwischen den Freunden Hitler und Mussolini überlassen möchte, in der allerdings vergeblichen Hoffnung, die Aufmerksamkeit der Wölfe von der fetten englischen Beute auf den mageren Knochen abzulenken...

Will man aber der Wahrheit die Ehre und sich auch über die Gefährlichkeit Rechenschaft geben, die gewisse Strömungen der englischen öffentlichen Meinung immerhin darstellen, so muß man hinzufügen, daß diese nicht nur auf den Kreis einiger halb- oder ganz konservativer Lords beschränkt sind. In einer außenpolitischen Aussprache im Oberhaus am 19. November verteidigte z. B. der Labour Lord Noel Buxton sowohl die Hitlerische Kolonialforderung als die Ansprüche Henleins mit nicht geringerem Eifer, und wenn auch solchen Reden keine große Bedeutung beizulegen ist, so ist doch auch von einem Protest der Arbeiterpartei nichts bekannt geworden.

Es ist nun klar, daß ein Weiter-schreiten auf solchen Wegen — und Chamberlains Zustimmung zur Reise Halifax war immerhin ein erster Schritt — eine Kapitulation vor Hitler bedeutet und vor allem Frankreich in eine unmögliche Situation gebracht hätte. Seine ohnedies seit der Rheinbesetzung geschwächte Stellung in Mittel- und Südosteuropa wäre völlig haltlos, die kleineren Staaten auf Gedeih und Verderb Hitler in die Arme getrieben worden. Zugleich wäre Deutschlands Machtstellung so gewachsen, daß sie zu einer verstärkten Gefahr für England selbst hätte werden müssen, im selben Augenblick, in dem Deutschland als Bundesgenosse Italiens, Portugals und Japans Englands Lebensinteressen bedroht.

Das Experiment mußte scheitern und dies bestätigt im wesentlichen der Bericht, die über das englisch-französische Gespräch, das unmittelbar nach der Halifax-Rückkehr arrangiert wurde, veröffentlicht worden ist. Der Anspruch Hitlers auf freie Hand in Mitteleuropa wird in der Form der Feststellung zurückgewiesen, daß »beide Regierungen ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung friedlicher Bedingungen« in Mittel- und Osteuropa haben. Indem dabei auf die eben stattfindende Reise des französischen Außenministers nach Warschau, Bukarest, Belgrad und Prag Bezug genommen wird, kann Delbos bei diesen Verhandlungen, die einer Befestigung der französischen Beziehungen mit den unsicher gewordenen Balkanstaaten und Polen dienen sollen, bis zu einem gewissen Grade auch als Wortführer Englands auftreten. Hitlers alte Idee einer Lockerung des Zusammengehens zwischen England und Frankreich hat so einen neuen Mißerfolg zu verzeichnen, und an Stelle einer Abschwächung ist eher eine Verstärkung der englischen Interessen an Mittel- und Südosteuropa zu verzeichnen.

In der Kolonialfrage »kam man überein, daß diese nicht losgelöst von den anderen Fragen behandelt werden könne und außerdem eine Reihe von anderen Mächten berühre; daraus wurde gefolgert, daß sie ein viel eingehenderes Studium erfordere, als das bis jetzt möglich war.« Zum Schluß wird dann — freilich ohne den Völkerbund ausdrücklich zu nennen, seine Erwähnung fehlte schon in der letzten englischen Thronrede — gesagt, »daß die beiden Regierungen an den Fassungen festhalten, zu denen sie sich bei früheren Gelegenheiten in Bezug auf die Methode der internationalen Zusammenarbeit bekannt haben.« Im Unterhaus fügte dann Chamberlain noch ausdrücklich hinzu, das Ziel sei eine allgemeine Regelung. Damit ist Hitlers Streben nach einer einseitigen Verständigung mit England abgewiesen und klargestellt, daß Zugeständnisse in der Kolonialfrage nur im Rahmen einer allgemeinen Verständigung, das heißt aber nach einem Aufgeben der aggressiven Politik Deutschlands und Italiens erfolgen können.

Damit ist nun im wesentlichen alles beim Alten, die Krise der

englischen Außenpolitik zwar überwunden, wie es auch kaum anders sein konnte, aber sonst kaum etwas geändert. Und das kann auch heute von gewöhnlichen diplomatischen Schritten nicht mehr erreicht werden. In Deutschland nimmt die Diktatur von allem nur das eine zur Kenntnis, daß sich die Westmächte nun ernstlich mit ihrem Kolonialanspruch befassen müssen. Kurz nach der Besprechung mit Halifax hatte Hitler in einer Rede in Augsburg am 21. Nov. erklärt: Wir müssen immer wieder und immer nachdrücklicher unsere Kolonialforderung erheben, bis die Welt sie nicht mehr verweigern kann... Heute wollen die anderen Länder noch nichts davon wissen. In einem Jahr werden sie sich daran gewöhnt haben; in drei Jahren werden sie sich davon Rechenschaft geben, daß etwas geschehen muß und in sechs Jahren werden sie sich von der Notwendigkeit überzeugt haben, daß praktische Maßnahmen unausbleiblich sind...

Ist jetzt nicht der erste Teil der Prophezeiung Hitlers eingetroffen? Freilich — die »allgemeine Regelung«! Aber, sagt die »Frankfurter Zeitung«, die Kolonien dürfen nicht zum Gegenstand eines — pfui! — politischen Austauschgeschäftes werden, man darf in ihnen keine Konzession sehen, auf Grund deren in irgend einem anderen Bereich der Politik von Deutschland etwas einzuhandeln wäre. Die Kolonialfrage ist eine Angelegenheit für sich. Es soll die rechte Ordnung wieder hergestellt werden und die deutsche Politik wird nicht begreifen, warum man für eine notwendig gewordene Ordnung auch noch etwas dreingeben sollte... auf einen so fragwürdigen Begriff wie den der »Gesamtregelung« darf man sich gar nicht einlassen...

Da aber das »Etwas«, das von Deutschland verlangt, eben die Friedenssicherung ist, die die deutsche Diktatur ebenso verweigert wie die italienische und die japanische, so bleibt nur die Konstatierung, daß auch der neue Versuch Chamberlains schon in seinem Beginn erledigt ist. Die Dinge sind schon zu weit gediehen und die nächste Entwicklung wird viel weniger durch die Schritte der Diplomatie als durch die Entscheidungen der Waffen in Spanien und China bestimmt werden.

Dr. Richard Kern.

Kanonen statt Schulbildung

Verödete Lehrerseminare — überflüssige Schulklassen. —
»Es muß sofort eine umfassende Werbung einsetzen«

Kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme brach unter den Junglehrern große Not aus. Es begann ein systematischer Schulabbau. Wer in der Lehrerschaft einer Gesinnung verdächtig war, flog ohnehin aufs Pflaster, und darüber hinaus sorgte eine »Zahlungssperre« für die Abwanderung zahlreicher junger Lehramtskandidaten in andere Berufe. Allerorten wurden Umschulungskurse abgehalten, um den aus der Bahn Gerissenen wenigstens das nötigste handwerkliche Rüstzeug auf den neuen Weg mitzugeben. Was dann geschah, wurde in keiner reichsdeutschen Zeitung mehr notiert, aber die kritischen Beobachter, vor allem die Eltern, stürzten es einander zu: in den Schulen machte sich eine grauenhafte Ungeistigkeit breit. Der HJ-Dienst verhinderte jeden planmäßigen Unterricht. Von den 1933 im Amt befindlichen Lehrkräften waren bei der großen Auskehr meist die unfähigsten behalten worden, alte Kämpfer und junge Liebediener. Selbst diese gutwilligen Kreaturen mußten sich von ihren HJ-Schülern und von deren der Schulbank kaum entwachsenen »Führern« unerhörte Flegelien gefallen lassen.

Nach jahrelanger Pause begann die deutsche Presse vor einigen Monaten wieder näher auf die Lehrerfrage einzugehen, und nun wurde auch dem gläubigsten Zeitungsleser mit einem Male bewußt, was in der Zwischenzeit alles verschwiegen worden war. Wo noch vor vier Jahren — als Erbe der Republik — ein überreicher, gut geschulter Lehrernachwuchs auf eine Aufgabe wartete,

da gähnt jetzt eine empfindliche Lücke. Während sich die Armee vor Offiziersanwärtern nicht retten kann, während die »Führerschulen« der Partei von jungen Landsknechten nur so überpannt werden, während für jeden sportlichen Beruf hundert Anwärter für einen zu haben sind, fehlt es den Höheren Lehranstalten an Schülern und den Volksschulen an Lehrern.

Die anfangs zagen Hinweise in den Zeitungen sind inzwischen zum Notschrei geworden. Alle Schulklassen sind überfüllt, die — auch durch den Parteidienst — überanstrengten Lehrer lassen den Karren bergab fahren und finden sich damit ab, daß die ihnen anvertrauten Kinder im Durchschnitt zwei Jahre hinter dem Pensum zurück sind. Es fehlen allein in Preußen 3000 Erzieher, in Sachsen entspricht der Nachwuchs dem Bedarf nur noch zu 50 Prozent. In den nächsten fünf Jahren werden 35.000 Volks- und Mittelschullehrer in den Ruhestand versetzt werden und niemand weiß, wer sie ersetzen soll. Die Hochschulen für Lehrerausbildung sind kaum zur Hälfte gefüllt. In den höheren Schulen reicht die Zahl der Studienräte im Augenblick gerade noch aus. Aber auch hier droht eine Katastrophe: 7000 Studienräte erreichen nächstens die Altersgrenze. Kaum für ein Drittel der freiwerdenden Stellen steht Nachwuchs bereit.

Die Generation, die jetzt berufsfähig wird, ist schon im neuen Ungeist erzogen. Diese jungen Leute haben ihre eigenen, elend be-

soldeten Lehrer in all den Jahren so oft abgekanzelt, denunziert, gedemütigt, daß sie keine Neigung haben, an die Stelle der Verachteten zu treten. Jetzt liest man in der deutschen Presse: »Das Ansehen des Erzieherstandes muß gehoben werden, denn der Jugend kann nicht vorgeschlagen werden, einen Beruf zu wählen, dem das Ansehen und die Verbindung mit seinem Wirkungskreis fehlt.« (»Preussische Zeitung« vom 5. Dezember.)

Allerorten werden Aufrufe erlassen wie der des ostpreussischen Gauleiters und Oberpräsidenten Koch:

»In der Hitlerjugend und in den Schulen hat sofort eine umfassende Werbung für den Erzieherberuf einzusetzen; die Gliederungen der Bewegung haben diese Aktion zu unterstützen. Es sollen erleichterte Bedingungen für die Ausbildung zum Erzieher geschaffen werden.«

Ja, die »Zurück-aufs-Lande-Rufer« denken sogar daran, recht viele »fähige Bauernsöhne« vom Acker aufs Katheder zu verpflanzen, offenbar in der Hoffnung, daß die Lehrerverhöhnung auf den Dörfern noch nicht weit genug gediehen ist, um die jungen Burschen von der Erzieherlaufbahn abzuschrecken.

So haben sich die nationalsozialistischen Volkführer als negative Zauberehrliche glänzend bewährt. Sie sind die Geister, die sie nicht riefen, gründlich losgeworden, ein ganzes Land droht wissenschaftlich zu verdursten. Die Generale sehen händeringend zu und haben Angst, daß der preussische Schulmeister einen kommenden Krieg verlieren wird.

Die Wahrheit sagen...

»Wer den Frieden retten will, muß den Völkern die Wahrheit sagen«, schrieb der »Neue Vorwärts« vom 12. Oktober in seinem Artikel über die Rooseveltreden. In der Tat, wir alle kennen die Lüge als Schutz- und Trutzwaffe unserer Gegner. Was wäre die italienisch-deutsche Invasion in Spanien, ohne die Lüge von der Kommunistengefahr, von den Greueln der Republikaner, von der Religiosität und dem nationalen Sinn der Meuterer? Ohne Lüge hält sich keine Diktatur, überhaupt keine Prellerei der Massen, denn in der Wirkung ist die Lüge einer Umgestaltung der Umwelt gleichzusetzen: unsere Einstellung zur Umwelt, soweit sie bewußt ist, muß ja von dem abhängen, was wir von dieser Umwelt wissen. Wissen wir Falsches, so stellen wir uns eben diesem falschen Wissen gemäß ein. Bringt man dem italienischen Proletariat bei, daß in Frankreich die Arbeiter hungern, daß Streiks, Unruhen und Blutvergießen dort an der Tagesordnung sind, so sagt er sich eben: dann kann ich ja dankbar sein für meinen Teller Polenta, dann ist der Faschismus auch nicht schlimmer als die andern Regime. Die Lüge ist die wohlfeilste Methode, die Massen in die ihren eigenen Interessen entgegenstehende Richtung zu führen.

Wenn man aber heute den Menschen die Wahrheit sagt, so stößt man auf ein zähes und allgemeines Mißtrauen, das einen anghärtet wie ein Abgrund. Namentlich die heutige Jugend, die ja in der Hochkonjunktur der Lüge herangereift ist, hat für jeden Tatsachenbericht, zu dem man von ihr eine Stellungnahme erwartet, die Präventivabwehr zur Hand: »Wer bürgt mir, daß es wahr ist? Waren Sie etwa dabei?« Jede Forderung, jedes Werturteil prallt von diesem Einwand ab, hinter dem man sich vor der Außenwelt schützen kann, wie im Kugelregen hinter Sandsäcken. Man wende mir nicht ein, daß die heutige Jugend eben kritischer sei, als wir Alten es sind. Seit Jahrhunderten war keine Generation blindgläubiger, mehr begierig nach absolutem Glauben, der sie von jeder Selbstprüfung befreit. In London erscheint eine Wochenzeitschrift für Astrologie, man glaubt an Horoskope, Talismane, bösen Blick, Weissagung aller Art — den Unglauben, die Kritik spart man auf für die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung und für die Tatsachenberichte. Nicht auf Grund von Quellenprüfung oder logischer Unstimmigkeiten lehnt man eine Darstellung als unglaubwürdig ab, sondern aus einer vorgefaßten Einstellung.

»Alles Mumpitz, alles gelogen!« Eine Diskussion, die sich erhitzen könnte, wird mit dem kalten Wasser dieses systematischen Anzweifeln überschüttet und ausgelöscht. Mir kommt es vor, als tue sich hier ein seelisches Verkehrshindernis zwischen alt und jung auf. Außer der großen, schicksalsmäßigen Kluft, die immer das Verständnis erschweren muß zwischen Aufstiege und Abstieg, Erwartung und Rückblick, zwischen Kraft, die sich ausgeben will, und Kraft, die sich ausgab, außer dem ewigen Nichtverstehen zwischen Vätern und Söhnen, schiebt sich jetzt eine ganz gemeine Wand aus Zeitungspapier zwischen die Generation von gestern und vorgestern und die von heute, etwas, wie ein technisches Hindernis, in unserm Zeitalter der triumphierenden Technik. Wenn das so weiter geht, hört die Sprache auf, ein Verkehrsmittel zu sein. Das ist sie nur unter der Voraussetzung, daß man ihr glaubt. Nur solange vermittelt sie zwischen den Menschen, erlaubt die Wahrnehmungen des einen dem andern zu übertragen. Wozu soll ich reden, wenn der andre mir nicht glaubt, wozu soll er zuhören, wenn er von vornherein sein Fragezeichen hinter jedes Wort setzt?

In normalen Verhältnissen ist das Mißtrauen eine Abwehrstellung, eine

Ausnahme. Je unwissender der Mensch, um so mißtrauischer. Niemand bringt weniger Vertrauen mit als der Analphabet vom Lande, der eben dadurch seine Unterlegenheit ausgleichen will. Aber der heutige universale Zweifel ist unpersönlich, betrifft nichts Geschäftliches. Der Zweifler fürchtet nicht, über die Ohren gehauen zu werden. Wenn seinem Mißtrauen der Trieb der Abwehr zugrunde liegt, so ist es unbewußt: er will sich schonen, will sich die Wirklichkeit und ihre furchtbaren Probleme und Forderungen vom Leibe halten. Aber das, wie gesagt, unbewußt.

stung von Guernica, weil ich ja nicht dabei war, und die Bilder »gestellt« sein können, nicht die Schuld der einen oder die Unschuld der andern, dann verkrieche ich mich vor der Wirklichkeit. Wer sich so verhält, macht aus seinem Innern ein Nicht-Interventionskomitee — »non absit injuria verbo«.

Wir wollen uns also nicht einreden, daß man dem Faschismus und den Wegbereiter des Krieges das Werkzeug der Lüge entwinde durch das allgegenwärtige Mißtrauen. Gewiß ist die internationale Lügenfabrik ursprünglich darauf berechnet, daß man ihre Waren

tische Forderung von hoher praktischer Bedeutung an Stelle des systematischen Zweifels eine sorgfältige, ich möchte sagen: eine soziologische, geschichtsmaterialistische Kritik zu setzen, wie man sie ja bei der Beurteilung historischer Quellen seit langem übt. Nur dadurch bekommt man festen Boden unter den Füßen. Als Sozialist hat man nicht das Recht, so im Gleitflug über den Tatsachen zu schweben. Wir wissen z. B., daß die großen internationalen Telegraphenbureaus ganz auf Francos Seite stehen. Jede Nachricht muß also durch ein X dividiert werden, das sich freilich nur sehr annähernd aus finanziellen, politischen, imperialistischen usw. Interessen bestimmen läßt. Dann muß man sich die Mühe nehmen — die freilich größer ist als mit den Achseln zu zucken und zu sagen: es ist doch alles gelogen! — und die Nachrichten verfolgen und vergleichen. Aus der so durchleuchteten Lüge kann man viel Aufschluß gewinnen, wenn auch Erkenntnisse anderer Art, als die Söldner der Feder vermitteln wollen.

Zum Kampf für die Wahrheit gehört der gegen das Mißtrauen. Man sage nicht: hört die Lüge auf, so fällt das Mißtrauen von selbst weg. Wir müssen da einsetzen, wo wir können; nicht die Lüge, wohl aber das Mißtrauen haben wir im eigenen Lager, und mit ihm einen schwammigen Tatsachen-Agnostizismus, der besonders unter der Jugend grassiert. Es ist besser, eine Lüge glauben als jede Wahrheit bemißtrauen. Wir maßen uns eine Kritik der Gesellschaft und der Menschheitsentwicklung an, da dürfen wir uns doch wohl den intellektuellen Kraftaufwand zumuten, Tag für Tag ein paar Lügenkübel durchzusieben. Die Sache ist praktisch wichtig genug. Unsere Zeit hat unheimlich vollendete Verkehrsmittel, drahtlose Telegraphie, Radio, Kabel und was weiß ich, und dabei droht sie das menschliche Individuum zu isolieren, wie ein zerbrochenes Telephon. Nachdem er den Raum besiegt, seine Aufnahmefähigkeit der äußeren Welt ins Unwahrscheinliche verschärft hat, scheint sich der Mensch selbst zu tragischer Einzelhaft zu verurteilen, sich einzukerkern zwischen den Mauern des Mißtrauens und der Lüge. In solcher Haft rettet er nicht den Frieden.

Oda Olberg (Buenos Aires).

Kinderelend

Unter vielen Uebeln hat der Zarismus dem bolschewistischen Rußland auch ein ungeheures Kinderelend hinterlassen. Es wurden seither unzählige Kinderhelme und Asyle geschaffen, aber noch immer gibt es in Rußland aber Tausende vagabundierender Kinder. Im Dritten Reich ist eine Hetzschwarte erschienen, in der ein angeblich ehemaliger Besprizorni das russische Kinderelend benützt, um den Bolschewismus in Romanform zu begiften. Die Rezensionen in der Nazi-pressen kann man sich ausmalen; sie gipfeln in tollen Schimpforgia gegen die »bolschewistische Weitschande«. Am Schlusse einer solchen Schimpfepistel heißt es in der »Preuß. Ztg.«:

»Der Verfasser hat sein Buch den russischen Müttern im Gedenken an ihr unendliches Leid gewidmet, und darum sollten es neben den Männern, zu deren selbstverständlicher Lebensaufgabe der Kampf gegen den Bolschewismus gehört, vor allem auch die deutschen Mütter zur Hand nehmen, um voll und ganz das Glück würdigen zu können, das ihre Kinder als nationalsozialistische Jugend besitzen.«

Das Dritte Reich hat keine Besprizorni, denn vor ihm war nicht der Zarismus, sondern jene deutsche Demokratie, welche die besten Sozialeinrichtungen der Welt schuf. Dazu gehörte eine vorbildliche Jugendfürsorge. Die Nazis haben dieser Jugendfürsorge einiges zugefügt: den Dolch mit Blut und Ehre, die Hordenkeile, den Kriegsgewalt, Gepäckmärsche, bei denen Kinder zusammenbrechen und sich Herzfehler und Plattfüße holen. Siehe die Klagen der deutschen Schulärzte, während die Lehrer über zunehmende seelische Verwüstung klagen.

Die Konferenzen

Einer Aesopschen Tierfabel nacherzählt

Ein Bär beschloß, die ganze Welt zu morden. Das macht, der Bär war geisteskrank geworden. Er tobte plump, verderbt und ungeschlacht wie ein Gewitter durch des Waldes Nacht. Die Tiere bebten. »Sänftiget den Wicht, um Himmelswillen, Brüder, reizt ihn nicht.«

Er wetzte seine Zähne, seine Krallen, ließ seinen Schlachtruf durchs Gehege schallen. Die Eule mahnte: »Sperrt den Narren ein! Noch seid ihr stark, bald wird er stärker sein.« Das Waldgetier stand zitternd dicht an dicht: »Laßt ihn gewähren, Brüder, reizt ihn nicht!«

Da ward das erste Opfer ausersehen. Der Bär erwürgte eines von den Rehen, er fraß es auf und schrie, das Maul noch rot: »Das Tier war toll. Es gab sich selbst den Tod.« Die Zeugen seines Mordes sagten schlicht: »Wir sind ganz seiner Meinung. Reizt ihn nicht.«

Der Fuchs, das Warzenschwein und die Hyäne, dies sehend, bleckten gleichfalls ihre Zähne. »Dem großen Bruder ist der Fang geglückt. Hojotoho! Jetzt sind wir auch verrückt.« Das Waldgetier, auf Sicherheit erpicht, sprach wiederum geduldig: »Reizt ihn nicht.«

Die Welt spricht heut noch von den Schreckenstagen. Ein Kleintier nach dem andern ward erschlagen, der großen Tiere klauenscharfer Troß sah, wie das Opferblut in Strömen floß, und flüsterte: »Gott hält ein Strafgericht. Wir könnten beißen, doch wir tun es nicht.«

Erst als die offenbar von Gott Geschickten den Elefanten in die Beine zwickten, entschloß das Großwild sich zu einer Tat. Man konferierte lang und pflegte Rat und legte dabei äußerstes Gewicht auf die Maxime: »Brüder, reizt sie nicht!«

Die Konferenz entschied, daß alle Bären grundsätzlich strenge Vegetarier wären, genau so Fuchs, Hyäne, Warzenschwein. Es könne also nur ein Irrtum sein, daß soviel Blut geflossen. Ergo wird verfügt: Es floß kein Blut. Wer dennoch tot ist, lügt.

Hugin

Vor sich selbst und vor den andern gibt sich sein Zweifel als Ueberlegenheit: er ist nicht, wie die Leute von früher, die alles glaubten. Er glaubt nur, was er sieht. Dazu brauchte er freilich weder sprechen zu können noch eine Sprache zu verstehen. Dazu genügt das Bellen.

Wie soll aber eine Jugend Glauben haben, die mit Lügen aufgezogen worden ist? Ueber die Tag für Tag Presse, Rundfunk, ja, sogar das Lichtbild Kübel voll Lügen ausschüttet?

Das weiß ich nicht, aber ich weiß genau, daß der systematische Zweifel, obwohl eine Reaktion auf die totalitäre Verlogenheit, Schulter an Schulter mit dieser die Wahrheit bekämpft. Lüge und Mißtrauen sind Bundesgenossen, nicht Gegner. Wenn man heute den Völkern die Wahrheit sagte, dann würden sie sie nicht glauben. Dieselben Sandsäcke des Zweifels, mit denen man sich gegen das Lügenbombardement schützen wollte, lassen die Wahrheit abprallen. Man denke nicht, daß sich der Einzelne durch einen solchen Wall eine Welt eignen selbständigen Urteils rettete, in der er richtet und wertet. Ohne die Unterlage von Tatsachen kann man nicht richten und werten. Wenn ich nicht glaube, was mir aus der Gegenwart berichtet wird, nicht die Verwü-

gläubig aufnimmt, was ja bis zum heutigen Tage in einigen Kreisen, besonders denen der sog. guten Gesellschaft, tatsächlich geschieht. Aber das Mißtrauen ist für diese Fabrikanten ein sehr wertvolles Nebenprodukt, denn es isoliert die Menschen, es sperrt sie aus dem öffentlichen Leben aus. Mit der Zeit wird es an praktischer Bedeutung die der Lüge übertreffen, deren Wirksamkeit sich ja abnützt; es wird dann sein, wie es heute schon im Spitzelwesen ist, wo die aufgedeckten »Verschwörungen« dem Regime nicht den zehnten Teil soviel wert sind, wie das durch den Spitzelverdacht entstehende Mißtrauen, das jede Verständigung unter der Opposition so ungeheuer erschwert. Daß man der Lüge der Machthaber nicht glaubt, erweist sich also auch noch als ihr Triumph.

Wir können den Lautsprechern, die die Lüge hinausbrüllen, und den verschiedenen Queipos de Llano so wenig den Mund stopfen, wie wir ihren Geldgebern den Beutel zuschnüren können. Aber, wenn wir uns einfach die Ohren zuhalten, entgeht uns die leise Stimme der Wahrheit vollständig, und wir verlieren auch die Fähigkeit, zwischen wahr und unwahr zu unterscheiden. Es ist gleichzeitig sittliche Pflicht und tak-

„Wer die Macht hat, hat das Recht!“

Das Dritte Reich „jenseits von Gut und Böse“. — Ein Theoretiker der Barbarei

Die Machthaber des deutschen Diktaturstaates haben es vortrefflich verstanden, nach außenhin einen gewissen Vorrat von Volkselementen im Umlauf zu halten, denen sie in Wirklichkeit jeden Sinn und jeden lebendigen Inhalt genommen und denen sie oft eine dem zivilisierten Sprachgebrauch glatt entgegengesetzte Bedeutung angeheftet haben. Da gibt es z. B. nach wie vor einen »Reichstag« (der keiner ist), eine »Rechtssprechung« (die dem Recht Hohn spricht), eine »öffentliche Meinung« (von Göbbels genormt), es gibt »Staatsbürgerrechte«, hin und wieder sogar »Wahlen« und »Volksabstimmungen«, ja Herr Göbbels scheut nicht einmal davor zurück, das Hitlerregime als eine Demokratie — die demokratischste der Welt — anzupreisen...

In Deutschland selbst fällt zwar niemand mehr auf diese übertolle Begriffsverfälschung herein und selbst fanatische Nazis können ein boshafes Grinsen nicht unterdrücken, wenn Göbbels von der »deutschen Demokratie« spricht und sie ihm dafür geborsam zubeugen. Im Ausland aber gibt es immer noch zahllose Menschen, die — obwohl sie sonst vielleicht leidlich über die braune Barbarei orientiert sein mögen, — doch immer wieder in den Fehler verfallen, die deutschen Führervokabeln so aufzufassen, wie sie gesagt und nicht wie sie gemeint werden. Immer wieder versuchen viele Ausländer das heutige deutsche Geschehen mit Hilfe von Denkkategorien und Begriffscomplexen zu verstehen, die von der Hitlerdiktatur faktisch längst außer Kurs gesetzt und nur pro forma auf dem Papier beibehalten wurden. Es fällt vielen ausländischen Demokraten schwer, sich überhaupt eine Welt plastisch vorzustellen, in der Wort und Wirklichkeit einander konsequent widersprechen. Es waltet hier ganz einfach ein — begreiflicher — Mangel an Phantasie, an Vorstellungskraft, der eine Gefahr darstellt, weil er die wirkliche Kenntnis und Erkenntnis der Weltgefahr erschwert, die vom Nationalsozialismus her droht. Sehr verdienstvoll hat sich kürzlich eine skandinavische Zeitung der Stockholmer »Social-Demokraten« (1937 Nr. 215) in einem längeren Artikel um die Analyse jener Sprache bemüht, die in dem betreffenden Aufsatz als »Hitlerdeutsch« bezeichnet wird, und deren politisch-kulturelle Terminologie dem Ausländer tausend Fallen legt, sofern er zwar die deutsche, nicht aber die »hitlerdeutsche« Sprache kennt und... die eine mit der andern verwechselt.

Die nazistische Sprachbeugelei und Begriffsmarkierung macht es den Führern der Barbarei und ihren Federknechten immer wieder möglich, in gespielte Entrüstung auszubrechen, wenn im Ausland z. B. die schlichte Tatsache festgestellt wird, daß das heutige Deutschland in den Augen der zivilisierten Welt nicht als ein Rechtsstaat gelten

kann. »Wie?« so ruft man beleidigt und empört, »gibt es denn im Dritten Reich nicht Recht und Gesetz, nicht Richter, die ausdrücklich als unabhängig bezeichnet sind, gibt es nicht sogar eine »Akademie des Deutschen Rechts«, die ständig um eine Erneuerung der Justiz sich bemüht?« Ja, all das gibt es. An Täuschungsrequisiten ist kein Mangel. Aber die Sache selbst, — — das Recht? ...

Man muß es wirklich begrüßen, daß nunmehr endlich einmal ein nationalsozialistischer »Wissenschaftler« den Mut hatte, bei Betrachtung dieser Dinge die Sprachmaske à la Göbbels und mit ihr den Begriff Rechtsstaat fallen zu lassen, soweit seine Anwendung auf das Dritte Reich in Frage kommt.

Wir sind frohlich dessen nicht so ganz sicher, daß wirklich Mut und Ehrlichkeit hier als Motiv wirksam waren; vielleicht ist Dr. H. Kabermann, auf dessen Untersuchung »Machtprinzip und Rechtsstaat« wir hier hinweisen wollen, vielleicht ist dieser Herr Kabermann lediglich nicht routiniert genug, sich der hitlerdeutschen Heuchelsprache — die das Hexeneinmaleins zur Grammatik hat — durchgehend zu bedienen und zu beweisen, daß tiefste Barbarei im Grunde höchste Kultur sei. Nun, man mag die Deutlichkeit, der sich Kabermann befleißigt, als Not oder Tugend deuten, sie ist jedenfalls ebenso zu begrüßen, wie etwa jene, mit der einst Hans Johst manhaft den Revolver zog, als das verdächtige Wörtchen Kultur ihm ans Ohr drang. Das Wort »Rechtsstaat« erweckt bei Kabermann eine ähnliche Reaktion. Man höre ein paar Zitate aus seinem Aufsatz, der an sehr repräsentativer Stelle erschienen ist, nämlich in der »Zeitschrift für Politik« (1937, Heft 9):

»Bei jungen Völkern sind Macht- und Rechtsverhältnisse ein und dasselbe. Wer die Macht hat, hat das Recht. Schon hieraus erhellt, daß es abwegig ist, in dem Machtstaat den kontradiktorischen Gegensatz des Rechtsstaates zu sehen.«

Kabermann geht hier also noch einen entschiedenen Schritt weiter auf dem Weg, den der Herr Justizminister Frank bahnte, als er kategorisch das für Recht erklärte, was dem deutschen Volke nützte. Kabermann ist deutlicher. Er läßt den Nutzen des Volkes — mit dem ja doch nur der einer Parteilique gemeint ist — beiseite und dekretiert offen: Macht ist Recht. Mit anderen Worten: es gibt kein Recht, jeder Verbrecher hat das »Recht« zu seiner Tat... solange er sich nicht kriegen läßt.

»Der Satz, daß aus Unrecht niemals Recht werden kann, ist nur bedingt richtig; ihm ist die Tatsache voranzustellen, daß im politischen Leben die Macht der erste Rechtsschöpfer ist. Eine wissenschaftliche Bedeutung kommt der Unterscheidung Machtstaat — Rechtsstaat gar nicht zu.«

Das also ist die Rechtslehre, die die »wissenschaftlichen« Diener des nationalsozialistischen Staates entwickeln, während ihre Auftraggeber gleichzeitig ihre territorialen und sonstigen Ansprüche an die Welt als »Forderungen der Gerechtigkeit« ausposaunen, wie sie denn überhaupt sehr eifrig für sich Rechte verlangen, die andern zu gewähren ihnen nie auch nur im Traum einfielen. Und dieser Rechtsnihilismus, der hinter allem Mimikry-Aufputz gewisser Führereden sich um so deutlicher kundtut, als alle Taten des Regimes ihn täglich und stündlich offenbaren, dieser Rechtsnihilismus, den Kabermann auf Formeln zu zapfen sich nicht geniert, er wagt es, sich der Welt als Gegenpart gegen den Bolschewismus, als »Schlichter europäischer Kulturwerte« anzubieten und den Anbruch einer neuen Staats- und Völkerrechtsordnung zu verkünden! Wie deren moralische Grundmaximen aussehen, darüber schenkt Kabermann klaren Wein all denen ein, die nicht schon längst Bescheid wissen:

»An die staatliche Macht als solche sind keinerlei sittliche Maßstäbe anwendbar, sie steht jenseits von Gut und Böse... Der Begriff des Rechtsstaates ist einer der unglücklichsten der staatswissenschaftlichen Terminologie.«

So, nun wissen wir. Herr Kabermann hustet und der ganze Bau unserer auf dem Rechtsgedanken aufgebauten Sozialkultur bricht zusammen und erweist sich als Schwindel und Chimäre. Und ist wohl auch Chimäre... in einem Lebensbezirk, der, wie das Dritte Reich, seine Moralnormen auf Maß und Art prähistorischer Hordeninstinkte zurückzuschrauben sucht.

Interessant ist es zu sehen, wie der nazistische Entwerfer aller Werte sich ausgehört auf den Begründer der bolschewistischen Lehre indirekt zu berufen sucht:

»Wenn Lenin vom Staate sagt, daß er Macht auf der einen Seite und Unterdrückung auf der andern bedeutet, so gilt dies nirgends mehr, als für das gegenwärtige Regime...

nicht etwa für das deutsche, sondern das ... der russischen Gewalthaber. Es gilt dies noch viel mehr und in einem weit schärferen Sinn als für das Despotentum des persischen Großreichs, weil das gewandelte Rechtsbewußtsein ganz andere Maßstäbe erfordert.«

Das ist doch wirklich hübsch! Denselben Maßstab, den K. soeben erst feierlich zerbrochen hat — den des Rechtsstaates nämlich — schmuggelt er schleunigst wieder herbei, wenn es gilt, die Tyrannei des Bolschewismus anzuprangern, eine Tyrannei, deren markanteste Züge doch gerade das Dritte Reich übernommen und überboten hat. Die Konsequenz, die K. immerhin in gewissem Grade entwickelt, und um derentwillen seine Arbeit gerade den Gegner des braunen Regimes interessieren muß, — diese Konsequenz hat also ihre Grenzen. Gegen Ende des Artikels bekommt der gute Mann überhaupt Angst vor der eigenen kynischen Courage.

Was tun? Er behält sich mit einem kleinen Zaubertrick Marke Göbbels, d. h. er sucht nach Art seiner Führer nun doch der eben noch in voller Nacktheit aufgezeigten Barbarei schamhaft ein Mäntelchen anzuziehen, wozu er sich der »liberalistischen« Terminologie — ihren Sinn verfälschend — bedient:

»Es ist oft die Frage aufgeworfen worden, ob der nationalsozialistische Staat als Rechtsstaat anzusehen sei. Als Kriterium ist der Freiheitsbegriff zugrunde zu legen und es ergibt sich: das Dritte Reich ist Rechtsstaat nicht im liberalistischen, wohl aber im eigentlichen (?) Sinne, denn es ist die Wirklichkeit der Freiheit (!), die keiner Kontrolle unterliegt und ihre Grenzen nur (!) in der Macht des Führers findet.«

Hier sind wir also — etwas unvermittelt — wieder mitten in der nazistischen Begriffsverfälschung, deren Wesen wir oben zu charakterisieren suchten, und die Kabermann in seiner Arbeit — wider Willen — selbst so schlagend entlarvt. Eine Diskussion seiner »Rechtstheorie« lohnt sich natürlich nicht. Dazu gebracht es ihr an Niveau. Eine derartige Gleichsetzung von Recht und Gewalt ist schon vor bald hundert Jahren von dem gelehrreichen Anarchisten Max Stirner auf tausendfach höherem Niveau versucht worden und auch Machiavelli hat hier teilweise Pate gestanden. Kabermanns Aufsatz hat lediglich Wert als ein Zeitdokument, als deprimierendes Dokument einer »Wissenschaft«, die sich unverhüllt der Barbarei gleichschaltet und sich bemüht, der braunen Bestialität eine theoretische Grundlegung durch Verherrlichung des brutalsten Faustrechtes zu liefern. K. K.

Hühnerstreik geht weiter

Der Reichsnährstand muß in seinem Bericht vom 26. November über die Eierversorgung folgendes mitteilen:

»Die deutsche Eierzeugung blieb auf dem bisherigen Tiefstand bestehen und auch von den Junghehnen kamen noch keine nennenswerten Mengen an Frischeiern auf den Markt, so daß deutsche Handelsklassen Eier auf den großen Verbrauchertischen nach wie vor nicht zu haben waren. Die Anlieferungen aus dem Auslande waren auch geringer als in der Vorwoche... Die Verbraucher stellten in letzter Zeit, wie üblich, höhere Ansprüche.«

»Eierzeugung auf dem bisherigen Tiefstand« — »Verbraucher stellten höhere Ansprüche« — das heißt also, die Eiernot macht sich zur Zeit im Dritten Reich in außerordentlich empfindlicher Weise bemerkbar.

Göbbels weiß genau ...

Göbbels hat dem Chefredakteur des »Berliner Tageblattes« am 3. Dezember ein Interview gewährt, in dem er versicherte,

»Er könne sich heute leider nicht mehr unerkannt unter das Volk mischen, aber was dem Volke besonders gefalle und was weniger, das wisse er ganz genau.«

Und darum kann er sich nicht darunter mischen.

Neue Bücher

Im kommenden Jahr feiert der tschechoslowakische Staat sein zwanzigjähriges Bestehen. »Tschechen und Deutsche« lautet das Thema des Arbeiter-Jahrbuchs 1938 (Selbstverlag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der CSR.). Zwischen Karpathen und Erzgebirge leben Deutsche und Slawen in einer schicksalhaften Gemeinschaft, erleben seit mehr denn einem Jahrtausend in einem Raum, auf dem gleichen Mutterboden ein untellbares historisches Geschehen. Die Kulturentwicklung der beiden Völker verläuft nebeneinander und ineinander in ununterbrochener wechselseitiger Befruchtung. Führende tschechische Geister verschiedener Richtungen betonen deshalb immer wieder das Gemeinsame der beiden Kulturen, die Notwendigkeit der Symbiose. Diesem Gedanken dient auch das neue Jahrbuch, in dem es deutsche neben tschechischer Literatur, deutsche neben tschechischer Kunst bringt und mit interessanten Aufsätzen für das Gemeinsame, Wechselseitige der beiden Kulturen wirbt. So ist ein buntes, gewichtiges, abwechslungsreiches Buch (Preis 10 Kč) entstanden, mit dem seine Bearbeiter die gute Tradition dieser Jahrbücher würdig fortsetzen, vorbildlich und ehrenvoll für die gesamte Arbeiterbewegung.

*

Nach einem neuen Band von Alfred Polgar greift der von Gegenwärtigem angewiderte Zeitgenosse wie nach einem angenehmen Nartotikum. Diesmal heißt der Band »Handbuch des Kritikers« (Verlag

Oprecht). Wieder serviert uns Polgar heiter-bittere Aphorismen, die um Theater und Leben kreisen, wie ja dieser Schriftsteller seit je am stärksten in Aphorismen lebt. Selbst seine kleinen Aufsätze und Glossen sind Aneinanderreihungen von Sentenzen und knapp pointierten Lebensweisheiten. Indem er uns das Wesen des Theaters und der Dichtung beleuchtet, analysiert er das Leben, und wir fragen mit ihm, warum uns auf der Bühne eine Nebenfigur, wie etwa der Billettzwickler, interessiert und beschäftigt, indes sie uns im wirklichen Leben höchst gleichgültig erscheint?! Man liest über die Komik des Pathos und warum Kriegstücker immer unzulänglich sind (weil sie nie die tragische Wucht der Wirklichkeit erreichen können!), man genießt die Plaudereien über die Magie des Theaters und fühlt, daß hier ein Dichter am Werke ist, der selbst noch darüber staunt, wie man, illusionslos geworden, noch staunen kann.

*

Auch wer schon einiges über Seemannsleben gelesen hat, erfährt manch Neues und Interessantes aus dem Buch: »Das abenteuerliche Leben des Kapitän Heinzelmann« (Schweizer Spiegel-Verlag, Zürich). Der Verfasser, Kapitän Heinzelmann, erzählt darin weniger von fremden Ländern und Völkern, sondern mehr von seinen Schiffen, vom Schiffsbetrieb, von Episoden des Seemannslebens. Mit sechzehn Jahren ging er zur See, mit zäher Energie arbeitete er sich vom Schiffsjungen zum Kapitän empor. An die dreißig Jahre befuhr er das Weltmeer kreuz und quer. Nun läßt er den Leser manch tiefen Blick hinter die

Kulissen der Branche tun. Man liest Heiteres, Ernstes und Tragisches. Der Kapitän berichtete von den Armeniergreueln unter Sultan Abdul Hamid, von merkwürdigen geheimen Ladungen, die so nebenbei unter den Augen der Behörden geschoben werden, von regulären und irregulären Nebenverdiensten der Kapitäne, vom Martyrium der Schiffskulis, von Mädchenhandel, Selbstmörderschiffen und betrügerischem Schiffsuntergang, von Schatzsuchern, Tauchern und Polypen, von exotischen Fieberorgien und Gründertaumel, vom Spionagesystem in den Fordbetrieben mit ihrem Ueberwachungskoller. Auf und ab rollen die Wogen des Kapitänsglückes. Ganz große Konjunktur bricht für die neutralen Kapitäne mit dem Weltkrieg an. Das Schicksal wollte es, daß Heinzelmann der Führer jenes ersten amerikanischen Dampfers wurde, den ein deutsches U-Boot ohne Warnung versenkte. Worauf die Kriegserklärung Amerikas an Deutschland erfolgte.

Der Kapitän gibt einen sachlichen Bericht dessen, was er gesehen und erlebt. Nur ab und zu bricht sein Schweizerisch demokratisches Empfinden durch. Diese Sachlichkeit hebt die Wirkung des Dargestellten und zeigt dies wirre, barbarische, vertickte Gesicht unserer Zeit — läufte sozusagen von der Kapitänbrücke aus. Ein Unglücksfall setzte Heinzelmanns Abenteuerlust 1935 ein Ende. Heute sitzt er in seiner Vaterstadt Bern, und die Briefmarken, mit denen er handelt, bedeuten ihm einen schwachen Abglanz jener weiten Welt, die er einmal befuhr. — Ein Buch, das jeder mit Nutzen und Interesse lesen wird.

B. Br.

Marinetti

Der Künstler, welcher durch die Zeitumstände gezwungen ist, sich zwischen einige Stühle zu setzen, bietet ein Schauspiel, das mit grimmiger Heiterkeit betrachtet werden kann.

Marinetti, der faschistische Futurist, war kürzlich in Paris. Er begegnete dort, anlässlich einer Gedenkfeier für den Dichter Guillaume Apollinaire, den Maler Picasso. Man weiß, mit welchem Pathos Picasso die Sache des bedrohten und des leidenden Spaniens zu der Seinen gemacht hat. »Wir befinden uns im Kriege«, sagte ablehnend Picasso, als der italienische Futurist den Versuch machte, Picasso unbefangen zu begrüßen.

Exzellenz Marinetti nahm den gleichen Aufenthalt in Paris zum Anlaß, seine Angriffe auf die Kulturpolitik Hitlers fortzusetzen. Der Bericht über das Interview, welches er einem Mitarbeiter der »Nouvelles littéraires« gab, enthält folgenden charakteristischen Abschnitt:

»Ich richte an Marinetti die Frage, die mir seit langem auf den Lippen brennt.«

»Mit welchen Empfindungen begleiten sie die Liquidation alles dessen, was es in Deutschland an moderner Kunst gegeben hat?«

»Ich glaube«, antwortet Marinetti, »daß das der größte Fehler ist, der überhaupt begangen werden kann. Man trennt nicht ohne Gefahr das nationale Leben von den geistigen und intellektuellen Strömungen. Aus den Maßregeln, die die deutsche Regierung jüngst ergriffen hat, spricht eine völlige Abwesenheit auch des elementarsten Sinnes für Kunst.«

Marinetti hat recht. Zweifellos hat er recht. »Eine völlige Abwesenheit auch des

Göbbels in der Defensive

»Politik und Kunst! Auch zwischen diesen Begriffen besteht eine schöne und edle Geschwisterschaft. Die Politik regelt in der Tat den großen An- und Einsatz der Kunst, ohne natürlich deshalb in das feine, individuelle Getriebe des schöpferischen Sinnens und Schaffens eingreifen zu wollen.«

So zu lesen in der »Kölnischen Volkszeitung« vom 26. November zur Würdigung der Jahrestagung, die Reichskulturkammer und KdF vorige Woche feierten. Auf der Höhe obigen Satzes standen jene zwei Reden, so die Feier begleiteten: eine abgeleierte Phrase folgte der anderen. Man konnte daran studieren, wie rasch die Phrasologie dieses Systems abmattet, abwirtschaftet. Den Ley kann man sich völlig ansehen, charakteristischer war das beispiellose Versagen der Göbbels'schen Schnauze. Matt, abgedroschen und ideenlos lehrte seine Kunstrede dahin, spärlich und schwach plätscherte ab und zu Beifall, den der Redner durch Kunstpausen geradezu heraus nötigen mußte. Ein seltenes Schauspiel: Der Propagandist in der Defensive. Er mußte »gegen ein verständnisloses Ausland und Besserwisser im Inland« das Verbot der Kunstkritik verteidigen; er protestierte dagegen, daß die Auslandspresse »den deutschen Künstler gern als Knecht verzeichnet« (tiefes Schweigen im Saale!), er mußte eine Lanze für die Feld-, Wald- und Wiesenkunst der Münchener Ausstellung einlegen und den vom Führer an den Corinth, Franz Marc, Feininger, Nolde etc. verübten 30. Juni rechtfertigen. Daß er dabei von »jüdischer Kunstentartung« sprach, macht den Kulturmord an den zahlreichen Arianern noch verlogener. Er weiß außerdem, daß im Frühjahr eine französische Ausstellung und bald darauf eine italienische in Berlin zu sehen war; in beiden Fällen hing Expressionisten und Futuristen dort, in beiden Fällen verbeugten sich deutsche Staatsvertreter, Blätter und selbst der »Völkische Beobachter« vor den ausländischen Entarteten. Das weiß Göbbels und es ist ihm auch bekannt, wie stark sich in deutschen Kunstkreisen — wir haben das einige Male mit Zitaten aus deutschen Blättern belegt — die Opposition gegen den Münchener Kulturmord und Hitler Banausentum gezeigt hat. Und so muß man denn gestehen: Göbbels Verteidigungsrede des schlimmsten Banausentums war trotz aller Mattheit ein Stück Selbstverleugung, Byzantinismus und Selbststrangulierung ohnegleichen. Eine Stelle, in der der alte Fuchs sichtbar wurde, sei an den Schluß gesetzt (K. V. vom 27. 11.):

»Wir sind wegen der Ausstellung »Entartete Kunst« vielfach in der sogenannten Weltpresse angegriffen worden; aber es hat sich bis heute kein ausländischer Enthusiast gefunden, der zur Wiedergutmachung dieser Kulturbarbarei etwa bereit gewesen wäre, die in München ausgestellten »Kunstschätze« zu kaufen und sie damit für die Ewigkeit zu retten.«

Er verschwieh wohlweislich, daß einige ausländische Konsortien zum Ankauf der Entarteten bereit waren und das Hitlers Händler für das »wertlose Gerümpel« einen Preis

elementarsten Sinnes für Kunst...« Immerhin, dies ist eine Feststellung, die in jedem anderen Munde verdienstvoller erscheinen würde als in dem Marinettis.

Der Maulkorb

Was ist eigentlich mit Werner Finck? Ist er wieder einmal mißgefällig angeeckt? Ist ihm das Mundwerk von der Göbbelszensur wieder einmal stillgelegt worden? Oder ist er freiwillig aus den Spalten des »Berliner Tageblatt« verschwunden, — wo er so wieso nur ein ängstlich flackerndes Spukdasein führte, immer mit dem einen Fuß in der Gleichschaltung und mit dem anderen schon im Kazet...?

Einmal hatte er — Anno 1934 war das wohl — im Kabarett »Katakomben« das alte Lied von den Gedanken, die frei sind, singen lassen. »Die Gedanken sind frei« — dabei kann man sich allerhand denken, dachten die Nazis und sperrten Finck ins Lager. Nach einiger Zeit ließ man ihn gnädig wieder raus. Er mußte Besserung geloben und durfte schließlich sogar im »Berliner Tageblatt« jeden Sonntag ein bißchen Witz flimmern lassen.

In Wortspielereien à la Pallenberg zauberte er hier manchmal ganz behutsam und vorsichtig ein Wahrheitsplättchen hinein, sorgsam in Watte verpackt und mit Sacharin veräußt. Er sprach etwa von dem großen deutschen Maler Caspar David Friedrich und nannte ihn nur Caspar Friedrich. »Er hat zwar noch eine zweiten Vornamen. Aber den möchte ich ihm aus begründlichen Gründen ersparen.« Oder schilderte einen würdigen alten Herrn und meinte: »Der Mann könnte mein Urgroßvater sein, wenn ich meine

Ein Blick ins Rechts-Kaleidoskop

Der Mutterschutz

In keinem Lande der Welt ist in den letzten Jahren so viel Lobenswertes über die Mutter gesagt worden, wie in Deutschland. Die höchsten Stellen haben erklärt, daß sie mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft das Recht auf die Mutterschaft und die Ehre der unehelichen Mutter schützen würden. In der Praxis reichte der Schutz bis zum Arbeitsgericht Mannheim. Das Reichsarbeitsgericht aber entschied mit Urteil vom 21. August 1937 — RAG 90/37 —, daß die Schwangerschaft einer unverheirateten Verkäuferin ein wichtiger Grund zur Entlassung sei. Anzuerkennen ist die Offenheit, mit der es in seiner Begründung sagt:

»Wenn die Dinge nun auch keineswegs so liegen, wie in der Revisionserwiderung ausgeführt ist, daß heutzutage ganz allgemein der außerehelichen Mutterschaft von allen Seiten her Achtung und Ehrfurcht entgegengebracht wird, so ist doch so viel richtig, daß die Schwangerschaft einer Unverehelichten heute vielfach mit Recht anders beurteilt wird als in früherer Zeit... Aber durchaus möglich ist es, daß das Sichtbarwerden der Schwangerschaft bei einer unehelichten Gefolgschaftsangehörigen für den Betrieb, besonders bei einem Ladengeschäft der hier in Frage stehenden Art, Unzuträglichkeiten mit sich bringt, die eine Fortsetzung des Dienstverhältnisses nicht mehr zumutbar erscheinen lassen.«

Die Ehre der unehelichen Mutter darf ebensowenig in Zweifel gezogen werden, wie das Recht des Prinzipals, sie, wenn die Schwangere ihm unbequem wird, aus dem Laden zu werfen.

Der die Entscheidung in der neuesten Nummer der Jur. Wochenschrift besprechende Amtsgerichtsrat aus Kottbus meint, daß sie seines Ermessens zu scharfem Widerspruch herausfordere. Er beschränkt aber diesen Widerspruch auf einen Angriff gegen die Juden, indem er ihnen vorwirft:

forderten, an dem der Verkauf scheitern mußte. So zogen sie sich aus der unangenehmen Schlinge. Keiner der Erlauchten der R. K. K. durfte fragen, wie hoch der Preis war. Du glaubst nicht mein Sohn, mit wieviel Dummheit ein Volk verdummt werden kann!

Das Mädchen, das drei Väter brauchte

Das Mädchen ist am 18. April 1913 geboren worden. Daß sie zwei Väter brauchte, stellte sich schon damals heraus und liegt im Rahmen des Üblichen. Denn sie war ein uneheliches Kind und brauchte infolgedessen einen Vater, der ihr den Namen gab und einen, der zahlte. Den Namen gab ihr Herr X, mit dem sich ihre Mutter am 4. Dezember 1913 verheiratete und der ihr seinen Familiennamen schenkte, obwohl sie seine Tochter nicht war. Der Vater zum Zahlen war der nichtarische Dekorateur Max H., der die

Ahnung nicht schon beisammen hätte.« In der Art also. Ganz harmlos. Viele Leute kaufen sich Sonntags das »Berliner Tageblatt« bloß dieser Plauder-Eckchen wegen und lassen oft mühsam allerhand politische Anspielungen hinein, die gar nicht drin waren.

Aber neulich mal — im Oktober — ist Finck doch wieder einen Schritt zu weit gegangen. Er berichtete von einem Mann, der plötzlich und ohne jeden ersichtlichen Grund in einem Porzellanladen eine Masse Tassen und Teller kurz und klein geschlagen hatte. An und für sich müsse man das Benehmen dieses Mannes zwar verurteilen, aber andererseits:

»Was soll ein anständiger Mensch tun, wenn er eine zünftige Wut im Leibe hat und sie los werden will? Es fehlt ja eine öffentliche Einrichtung, die es uns ermöglicht, unseren Ärger abzureagieren, ohne daß wir gleich der Polizei in die Arme fielen...«

Ungefähr seit dieser verbrecherischen Äußerung ist Werner Finck spurlos aus dem Mitarbeiterstab des »Berliner Tageblatt« verschwunden. Wir wollen hoffen, daß man ihn nicht gleich wieder ins Kazet gebracht hat, wie man das kurzerhand mit einem von seinen Kabarettkollegen machte, der das alte Operettentext »Treu sein, das kann ich nicht...« gesungen und es als — »italienische Volkshymne« angekündigt hatte.

Neue Soldatenlieder

Nun sollen auch die deutschen Soldatenlieder einen Umbruch im Zeichen des »neuen Geistes« erleben. Alte, veraltete Verse und Weisen sollen in der Versenkung verschwinden und die jungen Dichtergenie der brau-

»Die Vorstellung, daß eine Schwangere erstarrt sei, daß ihr Zustand und Aussehen unästhetisch seien, entspringt ja einer typisch jüdischen Anschauungsweise, die in der vergangenen Zeit unendlich viel Unheil angerichtet, es sogar z. T. mit verschuldet hat, daß deutsche Frauen die Mutterschaft nicht nur möglichst zu vermeiden suchten, sondern sie sogar ganz vermeiden. In unseren Augen hat die Last der werdenden Mutterschaft Adel, Würde und damit auch wahrhafte Schönheit.«

Adel und Würde, aber eben kein Gehalt und keine Stellung. Denn im Prinzip stimmen der lyrische Amtsrichter aus Kottbus und das realistische Reichsarbeitsgericht vollkommen überein. Auch den Amtsrichter läßt die 1933 neugefundene Stimme des Blutes sagen:

»Es ist im Gegensatz zur Auffassung anderer Rassen immer deutsche Art gewesen, und besonders deutscher Frauen Art, die Sinnlichkeit, den Sexus, nicht als selbständige Lebensform anzuerkennen, sondern die Begierde nur in der durch die Liebe Lust und Leid veredelten Form zu dulden. Der Vorrang der Ehe muß unangestastet bleiben...«

Es ist erstaunlich, daß der Herr aus Kottbus nicht sieht, daß von seiner Forderung ein gerader Weg zur Entlassung der Verkäuferin führt.

Noch eine Entlassung.

Ein Schulumtswerber erhielt im Jahre 1934 einen entgeltlichen Lehrauftrag an einer Volksschule und schon Anfang Oktober desselben Jahres eine Vorladung vor die Staatsanwaltschaft, weil er den Gauleiter beleidigt habe. Am 31. Dezember 1934 entzog ihm der Regierungspräsident Lehrauftrag und Gehalt. In dem sich anschließenden Strafverfahren wurde er freigesprochen und die Be-

Vaterschaft am 14. Juli 1913 vor dem Amtsgericht in R. anerkannt und dadurch zur Ursache dafür wurde, daß das Mädchen 1937 noch einen dritten Vater brauchte. Diesmal sucht sie mit einer Klage bis zum Reichsgericht nach einem Erzeuger. Sie behauptet, der nichtarische Dekorateur sei nicht ihr Erzeuger. Zwar habe er innerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit einmal mit ihrer Mutter verkehrt, damals sei ihre Mutter aber bereits aus dem Geschlechtsverkehr mit dem Beklagten schwanger gewesen...

Der Grund ist unschwer verständlich:

»Die Klägerin will nicht auf Grund des Vaterschaftsenerkenntnisses des H. als jüdischer Mischling angesehen werden, da sie sich mit einem deutschblütigen Manne zu verloben beabsichtigt.«

Wir wünschen der Klägerin, daß der Beklagte ihr letzter Vater sein möge und daß sie nicht infolge unvorhergesehener kommoder Rechtsentwicklungen in Deutschland gezwungen ist, noch nach weiteren Vätern Ausschau zu halten.

nen Blubfront sollen angeregt werden, dem Heer das Seine zu geben und Soldatenlieder zu dichten — im »neuen Geist« versteht sich.

Zu den alten ausgemusterten Liedern dürfte sicher das Flaggenlied (»Stolz weht die Flagge...«) gehören, dessen Text bekanntlich von einem Juden stammt, o Schande. Aber auch mit »Ich hatt' einen Kameraden...« ist das so eine Sache. Die Herren Generale hören das nicht mehr gern. Sie müssen da immer an einen gewissen Schleicher denken...

Unter dem Titel »Soldaten, Kameraden!« ist jetzt das neue offizielle Liederbuch für die deutsche Armee erschienen. Das Geleitwort stammt von Herrn Kriegsminister Blomberg. Es heißt da unter anderem:

»Zahlreiche neue Lieder und Texte entstehen und geben Zeugnis davon, wie kräftig und unverwundlich das Lied in unserer jungen Wehrmacht fortlebt und sich weiter entwickelt.«

Na also. Damit der Leser nun aber auch einen Begriff bekommt von dem kräftig blühenden Sangsgeist der deutschen Aufrüstung, sei hier eine kleine Probe aus dem Buch zitiert, ein »Kanonienlied«, dessen Autor W. Schädlich heißt und das der »Völkische Beobachter« so schön fand, daß er es als besonders treffendes Beispiel für das völkisch erneuerte Soldatenlied abdruckte. Man höre:

»Wir sind der zweite Jahrgang, den man zur Fahne rief, Dem Führer treu zu dienen, für unser Drittes Reich. Das Vaterland zu schützen, ist unser größter Stolz. Ja Sachsens Kanoniere, die sind aus Eichenholz.

rufung des Staatsanwaltes verworfen. Gehalt und Lehrauftrag aber blieben konfiziert. Und das wunderte ihn. Es wunderte ihn so sehr, daß seine Beschwerden durch Beschüsse des Kreisparteigerichts und des Gauparteigerichtes zurückgewiesen werden mußten. Noch 1936 wunderte er sich und erhielt einen weiteren Bescheid des Regierungspräsidenten und endlich einen des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Nunmehr wird durch Urteil des Reichsgerichts vom 14. 9. 1937 — III 31/37 — zu seinem Staunen ein endliches Ende gesetzt.

Das Reichsgericht belehrt ihn darüber, daß er vom Staat keine Nachzahlung des Gehaltes verlangen könne. Seine Entlassung ohne Angabe von Gründen und vor dem Ergebnis des eingeleiteten Verfahrens sei keine Amtspflichtverletzung gewesen. Im Gegenteil hätten die öffentlichen Belange unter den gegebenen Umständen die sofortige Entlassung des Klägers trotz aller Rücksichtnahme auf ihn erfordert.

Vor dem Dritten Reich wurde ein Beamter, gegen den eine Strafanzeige vorlag, vom Dienste suspendiert, d. h. so lange beurlaubt, bis das Verfahren Schuld oder Unschuld des Beamten an den Tag gebracht hatte. Auch im Dritten Reich geschieht dies noch bei Anzeigen krimineller Art. Ob einer nur vorläufig angestellter Lehramtskandidat oder festbeamteter Schuldirektor ist, spielt dabei keine Rolle. Aber wenn er sich freilich in den Ruf bringt, einen Gauleiter beleidigt zu haben, dann kommt es selbstverständlich nicht einmal darauf an, ob er es wirklich getan hat.

Wir würden dem unglücklichen Lehramtskandidaten im übrigen raten, sich nicht noch weiter zu wundern, denn dies ist im Dritten Reich mit Gefahr verbunden.

Göring Privatvergnügen

»In Baden wurden alle Personen, die in den letzten zehn Jahren wegen Jagdvergehens und gewerbs- oder gewohnheitsmäßiger Wilderei verurteilt worden waren, hinsichtlich ihrer verbrecherischen Neigung zum Wildern überprüft. Das Ergebnis war, daß eine Anzahl Personen in Vorbeugungshaft genommen und rund fünfzig Wilderer unter polizeiliche Ueberwachung gestellt wurden.«

(»Frankfurter Zeitung« Nr. 606.)

Schauder vor den Primitiven

st. Berlin

»Auch das gibt es: Eine Sprache, in der es keine Schimpfwörter gibt. Die Glücklichen — oder Unglücklichen? — denen diese Sprache eignet, sind die Eskimos, die in Kanada heimisch sind. Was mögen sie tun, um ihrem Unwillen Luft zu machen?« Deutsche Zeitungsmeldung.

Wenn laufen die Maschinen, wenn rattert der Motor.

Dann sind wir Kanoniere dabei mit Hand und Ohr.

Zu bringen die Haubitze in jede Stellung rein.

Dann möglichst schnell zu feuern, muß unsre Lösung sein!«

Schön, nicht wahr? Eine Perle militärischer Dichtkunst. Auf daß man erfahre, gegen wen Sachsens Kanoniere eigentlich ihre Haubitzen zu richten gedenken, hat Herr Schädlich sein »kräftiges und unverwundliches« Dichtwerk mit dem Vermerk versehen: Zu singen nach der Melodie »In Böhmen liegt ein Städtchen...«

Ueberraschender Einfall

Reichserziehungsminister Rust hat zum bevorstehenden Berufswettkampf der Studierenden eine Parole ausgegeben, die an Originalität ihresgleichen sucht, die Parole: »Wissenschaft!« Wer wäre vor dem Dritten Reich auf die Idee gekommen, die Begriffe »Student« und »Wissenschaft« ausdrücklich nebeneinanderzustellen? Niemand. Dem Verdienste seine Krone; man muß einen gewissen Abstand zur wissenschaftlichen Arbeit gewonnen haben, um sie in dieser Weise parolisieren zu können.

Der verkannte Wohltäter

»Morgenparole für 22. November: Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein.« Alfred Krupp.

»Dresdner Anzeiger« Nr. 322.

Zahlen der Sozialversicherung

Umschichtung der Arbeitseinkommen

Der ausgesprochene Propagandazweck der deutschen Arbeitsstatistik zeigt sich wieder einmal in den letzten Veröffentlichungen der »Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches«. Die tatsächlichen Arbeitseinkommen und ihr Verhältnis zu den Preisen für Lebensmittel und Bedarfsartikel treten immer mehr in den Hintergrund. Dem aufhorchenden Anwalt werden nur noch die Auswirkungen der Lohnsummen und die strukturellen Verschiebungen innerhalb der Arbeiterkategorien statistisch vorgeführt, um so trotz des »nicht geänderten Lohnniveaus« eine nach oben laufende »Umschichtung der Arbeitseinkommen« vorzutäuschen.

Die Vierteljahrshefte operieren nur noch mit der Abwanderung gelehrter Rüstungsarbeiter in bestimmte Lohnklassen der Sozialversicherung. Der erhöhte Bedarf an Facharbeitern soll die Senkung des gesamten Lohnniveaus verwischen. Wie wenig die Struktur der Rüstungsbetriebe für die allgemeine Lage der Arbeiter maßgebend ist, zeigt z. B. dieselbe Statistik über die Angestellten, die auf alle Zweige von Industrie, Gewerbe und Handel verteilt sind. Hier heißt es:

»Ungefähr 60 Prozent der versicherten Angestellten — 1933 sogar 70 Prozent — befinden sich in den drei untersten Lohnklassen A—C, die beiden nächsten D—E umfassen 25 Prozent, so daß auf F—K nur rund 10 Prozent entfallen.«

Wie falsch aber auch bei den Arbeitern die Behauptung ist, daß bei ihnen das Schwergewicht »durchaus« in den oberen Lohnklassen läge, läßt sich aus den Berichten der Sozialversicherung für das 1. Halbjahr 1937 erkennen, die gleichzeitig den skandalösen Leistungsabbau widerspiegeln.

Die Krankenversicherung hatte Ende Juni 1937 einen Mitgliederbestand von 22,7 Millionen. Ein Vergleich mit dem Jahr 1929, dem letzten Jahr der Konjunktur, zeigt den damaligen Mitgliederbestand mit 20,1 Millionen an. Bei einem Mehr von 2,6 Mill. Beitragszahlern betragen die Beiträge im 1. Halbjahr d. J. 750,8 Mill. Mark, d. h. im Jahr 1,5 Milliarden RM gegen 2,1 Milliarden im Jahr 1929. Selbst wenn man die neue Beitragermäßigung mit in Rechnung stellt, so hat sich der Beitragseingang bei einem erhöhten Mitgliederbestand um 10 Prozent gleichzeitig um eine halbe Milliarde vermindert. Da die Beiträge nach Lohnklassen abgestuft sind, so ist die »Umschichtung der Arbeitseinkommen« erwiesen, aber nicht nach oben, sondern nach unten.

Für den Leistungsabbau und die Erwerbungen einer Inanspruchnahme der Krankenkassen mag die Gesamtausgabe für Krankengeld Auskunft geben. An Krankengeld ist im ersten Halbjahr 1937 insgesamt 159,5 Mill. RM verausgabt worden, also im Jahr rund 320 Mill. RM gegen 683,6 Millionen im Jahr 1929. Die Nazi-Statistiker werden sagen: So haben wir die Volksgesundheit zu heben verstanden.

In der Unfallversicherung betragen die Rentenauszahlungen im ersten Halbjahr 1937 insgesamt 106,6 Mill. RM, d. h. 213 Mill. im Jahr gegen 340 Millionen im Jahre 1929. Diesmal können aber selbst die Nazis nicht behaupten, daß die Unfallgefahr zurückgegangen wäre, denn sie haben das Gegenteil selbst wiederholt festgestellt. Diese Rentenquetscherei beweist nur, wie unwahr die Proklamationen des Regimes von der »Fürsorge des Dritten Reiches für die Arbeiter« sind, wie schutzlos die Gefolgschaften der kapitalistischen Ausbeutung preisgegeben werden.

Am deutlichsten zeigt die Abrechnung der Invalidenversicherung den tatsächlichen Lohnabbau im heutigen Deutschland, denn hier hat kein Beitragsabbau stattgefunden, bis jetzt auch keine Beitragserhöhung. Bei gleichbleibenden Beitragssätzen war die Beitragseinnahme im ersten Halbjahr 1937 rund 550 Mill. RM, im Jahre 1929 bei einem um 2 Millionen geringeren Mitgliederbestand 546 Mill. RM, d. h. daß 20 Millionen Versicherte heute nicht mehr Arbeitseinkommen haben, als es 1929 nur 18 Millionen Arbeiter bezogen hatten. Diese sichtbare Senkung des Lohnniveaus kann nicht bestritten werden. Sie kommt aber in der Sozialversicherungsstatistik noch nicht einmal im vollen Ausmaß zum Ausdruck, da der verstärkte Bedarf an Facharbeitern die Lohnsenkung der großen Masse der Arbeiter teilweise in dieser Statistik kompensiert.

Die Rentenleistungen der Invalidenversicherung waren im 1. Halbjahr 1937 insgesamt 753,4 Mill. RM, also im Jahr 1,5 Milliarden RM gegen 1,3 Milliarden im Jahr 1930. Die Zahl der Invalidenrentner, die im Jahr

1930 rund 2 Millionen betrug, ist inzwischen um etwa 600.000 gestiegen. Bei einer Steigerung der Invalidenrenten von über 30 Prozent ist die Summe der Auszahlungen um 200 Mill. RM, d. h. gegenüber 1930 um nur 15 Prozent vermehrt. Diese Spanne zwischen Mehr an Rentnern und Mehr an Rentenauszahlung läßt erkennen, welch gewaltigen Abbau die Leistungen der Invalidenversicherung unter dem Naziregime erfahren haben müssen.

Schließlich bringt die Halbjahresstatistik noch einige dürftige Zahlen über die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung, die unsere bisherigen Berechnungen durchaus bestätigen. Die Beitragseinnahmen der Reichsanstalt sind im 1. Halbjahr 1937 gegenüber 1936 um weitere 15 Prozent gestiegen und haben vom Januar bis Ende Juni d. J. die stattliche Höhe von 796,7 Millionen RM erreicht, das entspricht einer Jahreseinnahme von mindestens 1,6 Milliarden Mark. Bei den Ausgaben sind die Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützungen und die Zahlungen an das Reich nicht getrennt aufgeführt. Dagegen geht aus dem Bericht über das 2. Vierteljahr 1937 hervor, daß bei einer Beitragseinnahme von 417,7 Mill. RM für Unternehmungen einschließlich der Krisenfürsorge 138,5 Mill. verausgabt worden sind. Zwei Drittel der Rieseinnahme aus den Beiträgen fließen also in die Reichskasse, so daß auch in diesem Jahr weit über eine Milliarde RM des Arbeitseinkommens in Gestalt der Beitragsteuer den versicherten Arbeitern und Angestellten zugunsten der Kriegsfinanzierung wieder verloren gehen.

Das Gesamtbild der Halbjahresergebnisse der deutschen Sozialversicherung läßt sich beim besten Willen mit den zu gleicher Zeit

gemachten Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes nicht in Einklang bringen. Es behauptet, der deutsche Lebensstandard sei gestiegen und sein Zahlenmaterial soll beweisen,

»daß die Lebenshaltung des schaffenden deutschen Menschen sich auch gegenüber 1929 nicht verschlechtert, sondern z. T. sogar wesentlich gebessert hat.«

Demgegenüber lassen die Zahlen der Sozialversicherungsstatistik keinen Zweifel, daß, abgesehen von der zahlenmäßig begrenzten Gruppe der qualifizierten Rüstungsarbeiter, ganz allgemein eine Abwanderung der Arbeiter in die unteren Lohnklassen vor sich gegangen sein muß. Wären die Agitationsbehauptungen des Statistischen Reichsamtes richtig, so hätte sich die von ihm gesehene Umschichtung der Arbeitseinkommen in den Beitragseinnahmen der Sozialversicherung auswirken müssen. Das Gegenteil ist der Fall.

Bei einer Gesamtbetrachtung des Arbeitseinkommens sollten aber auch neben den in Beschäftigung stehenden »schaffenden Menschen« die Sozialrentner mit berücksichtigt werden. Ihre Versicherungsbeiträge sind schließlich nichts anderes, als einbehaltenes Lohnanteile, d. h. Bestandteile des Arbeitseinkommens. Die Höhe und die Niedrigkeit der Sozialrenten sind demnach mitbestimmend für das Niveau der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes. Für die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten im Dritten Reich läßt sich nur die wesentliche Senkung der nominellen, wie der realen Durchschnittseinkommen feststellen. Wer dem Statistischen Reichsamte für seine letzte Veröffentlichung mildernde Umstände zubilligen will, mag seine Behauptung vom »steigenden Arbeitseinkommen« als Notlüge gelten lassen.

Die Arbeiterpresse in Deutschland

Eine Arbeiterpresse im Sinne einer Interessenvertretung des Arbeiters und des Aufbaus einer eigenen Arbeiterkultur gibt es legal in Deutschland nicht mehr. Die offiziell allein vorhandene Arbeiterpresse besteht aus »fachlichen Schulungsblättern« der DAF, worin natürlich mehr die politische als die fachliche »Schulung« im Vordergrund steht.

Seit 1. Oktober 1935 traten an die Stelle der Mitteilungsblätter der jeweiligen »Reichsbetriebsgemeinschaften« die 73 verschiedenen »Schulungsblätter« der DAF für alle, außer den volkshochschulischen Berufen; wovon 28 Blätter, also ein Drittel der Gesamtzahl, auf die eigentlichen Arbeiterblätter entfallen. Dies erklärt sich vor allem dadurch, daß »berufständische« und regionale Gesichtspunkte fachlich zusammengehörende Arbeiterkategorien auseinanderreißen; wodurch ein erheblicher Teil wirklicher Arbeiter überhaupt nicht als Arbeiter zählen und ihre »Ständevertretung« in der kleinbürgerlichen oder agrarischen Fachpresse finden. Mit Ausnahme der Nahrungsmittelarbeiter (1 Blatt), der Getränkeindustrie (1 Blatt), der Tabakarbeiter (1 Blatt), des Baugewerbes (4 Blätter), der chemischen Industrie (1 Blatt), der Papierindustrie (1 Blatt), des Transportwesens (2 Blätter), der Keramik (4 Blätter) und der graphischen Berufe (4 Blätter), wird in sämtlichen anderen Arbeiterkategorien eine Kluft aufgerissen zwischen Stadt- und Landarbeit, Groß- und Kleinbetrieb (Industrie und Handwerk), voll- und halbqualifizierter Arbeit. Die Blätter werden gegen 30 Pfennige vierteljährlich geliefert und erscheinen wöchentlich, illustriert, Großformat, etwa 15 bis 20 Seiten stark.

Unter der nicht für die Arbeiterschaft bestimmten Presse füllt vor allem die starke oder zumindest relativ starke Spezialisierung der Handlungsgehilfenpresse auf, wobei (wie sonst merkwürdigerweise nur im Baugewerbe) sogar Unterschiede der Lebensalter gemacht werden. Bei den halb-akademischen Berufen trennt die DAF schematisch streng zwischen »freien«, d. h. der Universität nahestehenden und der technischen Hochschule nahestehenden Berufen. Es gibt ferner ein Matrosenblatt, eines für Friseur, eines für »die Frau«, aber nur soweit, als sie Büroangestellte ist, gleichgültig, ob in privaten oder öffentlichen Diensten. Daß die DAF drei reine Arbeitgeberblätter (Industrie, Groß- und Außenhandel, Mühlbetrieb) herausbringt, ist minder bemerkenswert, als der Umstand, daß nur bei der letzteren Branche nicht, ausnahmsweise nicht zwischen Groß- und Kleinunternehmer geschieden wird. In allen anderen Fällen

besteht die soziologisch bemerkenswerte Tendenz, den Kleinunternehmer vom Großunternehmer analog zu trennen, wie den qualifizierten, auf dem Lande tätigen, in manchen Fällen auch den jungen Arbeiter von der übrigen Arbeiterschaft; und beide, den arrierten Arbeiter und den zurückgebliebenen Unternehmer, als sozialen Puffer zwischen den Klassen in eine zweifelhafte Interessengemeinschaft zusammenspannen. Hier liegt ein Analogon zur Trennung des Halbakademikers (mit alleiniger Ausnahme des im Sanitätsdienst tätigen) vom Akademiker, sowie der humanistischen und technologischen Berufe (was sich bei Dentisten, Heilgehilfen, aber auch bei der Filmbranche allerdings schwer durchführen läßt).

Drittes Reich im Blitzlicht

Die Einnahmen der deutschen Landwirtschaft aus dem Verkauf ihrer Produkte sind nach einer Darstellung in »Wirtschaft und Statistik« (2. Oktoberheft 1937) von 6,4 Milliarden RM im Jahre 1932/33 auf 8,86 Milliarden RM im Jahre 1936/37 gestiegen. Die Zunahme beträgt 38,3 Prozent. In der gleichen Zeit haben die Löhne und Gehälter der Landarbeiter und der Angestellten in der Landwirtschaft von 1,33 Milliarden auf 1,57 Milliarden RM zugenommen. Die Steigerung beträgt hier nur 18 Prozent.

Die Brotgetreideversorgung wird immer knapper. Die den deutschen Mühlen zur Verarbeitung zugewiesenen Monatsquoten liegen in den ersten vier Monaten des laufenden Getreide-Wirtschaftsjahres bei Weizen im Durchschnitt um 20 Prozent niedriger als 1935/36. Im August 1935 haben die Mühlen 336.000 Tonnen Roggen verarbeitet, im August 1937 nur 258.000 Tonnen. Im September der beiden gleichen Jahre betrug die Verarbeitung 284.000 Tonnen, bzw. 244.000 Tonnen. Obwohl das Roggenmehl bei der Brotherstellung mit Kartoffelstärke- und Aufschlußmehl vermengt werden muß, tritt die Roggenknappheit infolge der gegenüber 1935 um 720.000 Tonnen niedrigeren Ernte immer schärfer in Erscheinung.

Die Versorgung an Kriegsbedarf wird in gewaltigen Ausmaßen fortgesetzt. So hat sich die Einfuhr an Dieselloil von 319 Millionen dz in der Zeit vom Januar-September 1933 auf 753 Millionen dz in der gleichen Zeit des Jahres 1937 erhöht. Für dieselbe Zeit ergibt sich in der Einfuhr von Schmieröl eine Zunahme von 188 Millionen auf 302 Millionen dz und bei Heizöl eine solche von 206 Millionen auf 317 Millionen dz.

1928 betrug die Produktion der deutschen Lederhandschuh-Industrie 13,8 Millionen Paar. Der Inlandsverbrauch erreichte die Höhe von etwa 10 bis 12 Millionen Paar.

1936 war die Produktion auf 8,3 Millionen Paar gesunken und der Inlandsverbrauch weist einen Rückgang auf 6,4 Millionen Paar auf.

Die Einfuhr von ungereinigtem Bauxit ist von 309.000 Tonnen in den ersten neun Monaten 1935 auf 896.000 Tonnen in den ersten neun Monaten 1937 gestiegen.

Freie Bahn den Unbefähigten!

Die gewaltigen Schäden, die dem Reich, den Ländern, den Gemeinden, den öffentlichen und privaten Körperschaften durch die Massenherinnahme von »alten Kämpfern« in Beamtenstellen zugefügt worden sind, haben seit einiger Zeit dazu geführt, wieder schärfer auf den Nachweis der Eignung Wert zu legen. Von den Studenten wurde ein pflichtmäßiger Besuch der Vorlesungen gefordert und die Prüfungen wurden sorgfältiger durchgeführt, als das in den vorausgegangenen Jahren der Fall war. Es konnte nicht anders sein, als daß daraufhin ein ganzer Teil jener Leute, die als Nationalsozialisten sich große Männer dünken, den Nachweis für die erforderliche Befähigung nicht erbringen konnten. Sie mußten als ungeeignet aus den Bewerberlisten ausgeschlossen werden.

Diese Erfahrung bringt jetzt auch die Zeitschrift des nationalsozialistischen Studentenbundes, »Die Bewegung«, in Harnisch. Sie wendet sich gegen dieses Berechtigungswesen und fordert, daß vor allem die weltanschaulich bedingten Eigenschaften bei der Auslese in den Vordergrund gerückt werden müßten. Diese Eigenschaften könnten den Wert des fachlichen Wissens sogar völlig überdecken. »Wenn in solchen Fällen«, so schreibt das Blatt, »das Berechtigungswesen an der Entfaltung hindere, dann werde allerdings die Auslese zur Phrase... Es müsse die eindeutige Forderung erhoben werden, jeden Berechtigungszwang zu brechen und der Entfaltung politischer Persönlichkeiten jeden Weg zu bahnen. Dabei sei unter Politik jede von der nationalsozialistischen Weltanschauung getragene, für unser Volksschicksal verantwortliche Tätigkeit im öffentlichen Leben zu verstehen. Nicht nur die Hohenämter und Amtsleiter der Partei, sondern auch ein großer Teil der Verwaltungsbeamten seien in diesen Kreis einzubeziehen.«

Die Leitung des nationalsozialistischen Studentenbundes sieht mit Recht die Gefahr, die das Festhalten an dem Befähigungsnachweis für die Nationalsozialisten bedeutet. Die Hundertprozentigen und die lautesten Heilschreier werden dann nie in verantwortungsvolle und leitende Stellen einrücken. Nur als politische — welcher Mißbrauch wird doch mit diesem Wort getrieben — »Persönlichkeiten« kann den Unbefähigten der Weg freigemacht werden.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guild 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3.—), Estland E. Kr. 0,22 (2,54), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lir. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei. 10.— (120.—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Peng. 0,33 (4,20) USA 0,08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschecoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149 Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304 Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Warschau 194.797 Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Rumänien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Bukarest, Konto »Neuer Vorwärts«, Bukarest Nr. 3088. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 3029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.